Mittag-Ausgabe.

Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Gust. Ad. Schleh, Hoflieferant,
Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke,
Otto Niekisch, in Firma
J. Neumann, Wilhelmsplatz 8.

Verantwortliche Redakteure:
F. Hachfeld für den politischen
Theil, A. Beer für den übrigen
redaktionellen Theil, in Posen.

Posener Zeitung

Neunundneunzigster Jahrgang.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditionen
Rud. Mosse, Haasenstein & Vogler A.-G.,
G. L. Daube & Co., Invalidendank.

Verantwortlich für den
Inseratentheil:
J. Klugkist
in Posen.

Nr. 834

Die „Posener Zeitung" erscheint wochentäglich **drei Mal**, anden auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt **vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland.** Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Montag, 28. November.

Inserate, die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum in der **Morgenausgabe 20 Pf.**, auf der letzten Seite **30 Pf.**, in der **Mittagausgabe 25 Pf.**, an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die **Mittagausgabe** bis **8 Uhr Vormittags**, für die **Morgenausgabe** bis **5 Uhr Nachm.** angenommen.

1892

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

10. Sitzung vom 26. November, 11 Uhr.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Die erste Berathung des **Kommunalabgabengesetzes** wird fortgesetzt.

Abg. **Gerlich** (frk.): Da ich für die ganze Reform nicht besonders eingenommen bin, so können Sie nicht verlangen, daß ich für das vorliegende Gesetz spreche. Ich bedauere bei der ganzen Sache nur die armen Schulzen. Der Minister kennt das Land nicht und die Schulzen nicht, er weiß nicht, wie erbittert dieselben schon sind durch die Landgemeindeordnung. Er hat ja die Provinz bereist, ist schön empfangen und fetirt worden, aber die Verhältnisse hat er nicht genau kennen gelernt. Bei manchen Paragraphen dieses Gesetzes mußte ich mir sagen: Herr, dunkel ist der Rede Sinn! Wenn wirs schon nicht verstehen, wie solls da ein Schulze verstehen! Das ganze Gesetz ist nur auf Städte und stadtartige Ortschaften zugeschnitten. Der ganze Entwurf ist ja nur in Folge der Klagen der Städte aus dem Westen ausgearbeitet worden, deren Verhältnisse auf den Osten nicht passen. Die Städte sind aber an ihrer Ueberlastung selbst schuld. Ein Haupttheil der Ueberlastung beruht auf den großen Armenlasten, die durch stellenlose Arbeiter verursacht werden. Wer sind aber diese stellenlosen Arbeiter? Leute, die zu Hause genügende Beschäftigung haben, aber aus Sucht nach Veränderung oft unter Kontraktbruch in die Städte ziehen. Und für solche Leute baut man Asyle für Obdachlose! Die Städte sollten derartige „humane" Einrichtungen unterlassen. Wenn die Leute die Freiheit haben zu arbeiten, wo sie wollen, so solle man ihnen auch die Freiheit gewähren, zu hungern, wo sie sind. Die Ortschaften, nach denen ein solcher Zug stattfindet, sollten von den neuen Einwohnern Anzugsgebühren verlangen. Die ganze Reform wird zum Nachtheil der Landwirthschaft ausfallen. Denn die Vermögenssteuer wird in Stadt und Land ungleichartig wirken, da das Prozentverhältniß der Vermögens- zur Einkommensteuer für den Grundbesitz höher ist als für den Gebäudebesitz und den Gewerbebetrieb ist, da die letzteren sich höher verzinsen als die Landwirthschaft. Alle diese Uebelstände rühren davon her, daß zu sehr schablonisirt wird.

Abg. **Vopelius** (frk.) erklärt zur Geschäftsordnung, daß der Vorredner nur für seine eigene Person gesprochen habe, und namentlich der Beginn der Rede gegen den Sinn der Fraktion sei.

Abg. **Seyffardt** (nl.) spricht seine prinzipielle Zustimmung zu den Vorschlägen der Regierung aus, namentlich in der Richtung, daß die Realsteuern den Gemeinden, die Personalsteuern dem Staate überlassen werden. Das vorliegende Gesetz leide aber doch an einigen Mängeln. Die Städte mit einer Bevölkerung, in welchen die einzelnen Vermögensklassen ziemlich gleichmäßig vertheilt sind, werden mit den Fabrikstädten, in denen die Vermögensunterschiede zwischen den einzelnen Klassen sehr groß sind, mit gleichem Maßstabe gemessen. Das muß zu Ungunsten der letzteren ausfallen. In den industriellen Ortschaften ist der Hauseigenthümer nur ein kleiner Besitzer und nicht wie z. B. in Berlin ein Rentner oder ein Kapitalist. Daß dieser gerade zu den Lasten in besonders starkem Maße herangezogen werden soll, ist eine schwere Benachtheiligung und wird oft zur Folge haben, daß die Lasten von den Schultern der Leistungsfähigen auf die der Nichtleistungsfähigen gewälzt werden. Einverstanden bin ich dagegen damit, daß indirekte Steuern in den Gemeinden erhoben werden, wenn ich auch eine Besteuerung der nothwendigen Lebensmittel verwerfe. Dagegen können wir nicht schnell genug zur Besteuerung derjenigen Gegenstände übergehen, die als Luxusbedürfnisse zu betrachten sind.

Finanzminister Dr. **Miquel**: Die Befürchtungen des Vorredners sind unbegründet. Die gleichmäßige Behandlung des Gewerbebetriebes und des Grundbesitzes wird nicht zu Unzuträglichkeiten führen. Denn es ist ja in dem Gesetze vorgesehen, daß da, wo besondere Verhältnisse herrschen, Ausnahmebestimmungen getroffen werden können. Von einigen Beispielen im Westen darf man nicht auf das Ganze schließen. Um eine gerechte Vertheilung der Lasten herbeizuführen, muß eine Individualisirung der Steuern, wie sie die Vorlage will, zugelassen werden.

Abg. **Kelders** (nl.) wendet sich besonders gegen § 45, welcher bestimmt, daß da, wo Zuschläge zur Einkommensteuer erhoben werden, mindestens ein gleich hoher oder um die Hälfte höherer Prozentsatz von der Grund-, Gebäude und Gewerbesteuer erhoben werden muß. Der § 45 müßte dahin abgeändert werden, daß die Gewerbetreibenden der vierten Gewerbesteuerklasse von der Verpflichtung, denselben Prozentsatz zu zahlen, befreit bleiben kann.

Abg. Dr. **Würmeling** (Ztr.) hält es nicht für augenblicklich nothwendig, die Gewerbesteuer zu überweisen, wenn das auch an sich wünschenswerth sei. Was die Unterscheidung zwischen fundirtem und unfundirtem Einkommen betreffe, so könnte dieselbe wohl sehr gut innerhalb der Einkommensteuer vorgenommen werden. Betreffs der Kommunalbesteuerung sei er mit der Ausbildung des indirekten Steuersystems innerhalb der Gemeinden einverstanden, doch müßten die nothwendigen Lebensmittel freigelassen werden. Wo aber eine Biersteuer eingeführt sei, da müßten auch Schnaps und Wein besteuert werden. Redner wünscht weiterhin die Beseitigung der Kontingentirung der Fabrikbesteuerung auf Grund von Vereinbarung und schließt mit der Ausführung, daß die nothwendige Vorbedingung für die Zustimmung zu den Steuergesetzen die Reform des Landtags- und Kommunalwahlrechts sei.

Abg. **Sombart** (nl.) spricht seine Zustimmung zu den Grundlagen des Gesetzes aus. Zu befürchten sei aber, daß es die Zusammenlegung von Landgemeinden und Gutsbezirken zu Zweckverbänden nicht fördern werde, obwohl eine solche Zusammenlegung sehr wünschenswerth wäre. Redner bedauert es auch, daß die Verhältnisse der Rentengüter in diesem Gesetze nicht geregelt seien.

Ministerpräsident Graf **Eulenburg**: Durch die Bestimmungen dieses Gesetzes, sowie der Landgemeindeordnung werden die kommunalen Verhältnisse der Rentengüter leicht geregelt werden können. Die Landgemeinde-Ordnung läßt jetzt schon die Bildung von Zweckverbänden zu, ja diese kann sogar zwangsweise eingeführt werden.

Abg. **v Tiedemann**-Labischin (frk.) befürwortet die Bestimmungen des Gesetzes bezüglich der Staatsaufsicht. Wer deren Nothwendigkeit nicht anerkenne, dem sei wahrscheinlich noch niemals der Nothschrei einer vergewaltigten Minorität zu Ohren gekommen.

Abg. Dr. **Meyer** (dfr.): Als ich gestern auf das Beispiel Englands hinwies, habe ich die dortige Art der Besteuerung nicht zur unveränderten Annahme empfohlen, sondern nur als ein erwähnenwerthes Vorbild bezeichnet. Darauf hat mir der Finanzminister in Formen, die durchaus nichts Verbindliches hatten, erwidert, ich müßte doch wissen, daß in den englischen Kreisausschüssen eine sehr lebhafte Agitation gegen dieses Kommunalsteuerwesen im Werke sei. Allerdings besteht in England eine sehr lebhafte Agitation gegen das kommunale Steuerwesen, aber sie geht von Vereinigungen aus, die ungefähr unsern Vereinen für Bodenbesitzreform entsprechen, und wird von Männern geleitet, die für England etwa dasselbe bedeuten, wie für Deutschland Flürscheim und Freese. Jenen Vereinigungen schließt sich an die offene Sozialdemokratie, vertreten durch Burns. Als dritter im Bunde tritt hinzu die Fabians Society, eine christlich-soziale Gesellschaft, die mit unsern Christlich-Sozialen nichts gemein hat, der viele Geistliche angehören und welche die Zustände des alten Testaments auf England übertragen will. Ein Flugblatt, welches einen Ueberblick über die Art jener Agitation giebt, äußert sich: „Der Schmied sagt, ich kann hämmern, der Tischler, ich kann hobeln, der Gutsbesitzer, ich kann Gesetze machen, ich kann Leute ins Gefängniß bringen, ich kann sie zur Verzweiflung bringen, ich kann das Herz von Weibern brechen und kann das Land mit allen egyptischen Plagen erfüllen!" Sie sehen, diese Verhältnisse treffen für uns nicht zu. Der Aeußerung des Herrn v. Kröcher, die Intelligenz sei auf allen Seiten des Hauses gleich, stimme ich durchaus bei. Wenn ich mir aber die ehrwürdigen Häupter drüben ansehe, so glaube ich doch, keiner von Ihnen kann das Herz eines Weibes brechen. (Stürmische Heiterkeit.) Ein Führer der Fabians Society, Saunders, sammelt mit aller Sorgfalt Aussprüche berühmter Männer, die seinen Zwecken dienlich sein können, und vielleicht wird er auch den Namen des preußischen Finanzministers aufzeichnen, indem er sagt: Da er das englische System für unhaltbar erklärt, muß er Anhänger der Bodenbesitzreformer sein. (Rufe: Au!) Ich habe also von der Sache nicht gesprochen, weil sie nicht hierher gehört. Der Finanzminister hat daraus den Schluß gezogen, ich kennte sie nicht, sei folglich ein vollständiger Ignorant in den Dingen, um die es sich hier handelt. Ich könnte nun zwischen den Zähnen murmeln: Lord Leicester hat nicht immer so geurtheilt. Ich will mich aber nur auf die Bemerkung beschränken, daß, wenn ein Minister sich in eine solche Argumentation einläßt, er den Boden einer eigentlichen, sachgemäßen Diskussion verläßt und ich muß das um so eher festnageln, als der Finanzminister wiederholt erklärt hat, man werde in den stenographischen Berichten über seine Reden niemals persönliche Angriffe finden. (Hört! hört! links.) Ich habe mir ja nicht verhehlt, daß seine Ausführungen einen starken Eindruck zu meinen Ungunsten machen würden. Der Führer des Zentrums kam auch nach Beendigung der Rede zu mir heran mit einem Gesicht, in dem sich die innigste Theilnahme aussprach (Heiterkeit) und sagte mir: „lieber Meyer, jetzt sind Sie todt." (Heiterkeit.) Wie diese Trauernachricht mich erschüttert hat, können Sie aus der Antwort ersehen, die ich jetzt gegeben habe. Dann hat der Finanzminister gesagt, er könne auf einen Vorwurf, den ich ihn gemacht, nicht antworten. Ich habe den logischen Punkt gesucht, von welchem aus der Finanzminister dazu gekommen ist, diese Kette von Gesetzen vorzulegen, und bin zu dem Schlusse gekommen, zunächst sei es der Gedanke gewesen, die Grundsteuer aufzuheben, um in dieser Weise dem Grundbesitz zu helfen. Lege ich damit der Staatsregierung eine Tendenz unter, zu der sie sich nicht bekennt? Haben Sie in der Zeit, als Fürst Bismarck Ministerpräsident war, nicht unzählige Male gehört, der Grundbesitz befinde sich in einem Nothstande, dem abgeholfen werden müsse? Sind den Worten nicht die Thaten gefolgt und wird nicht unter der gegenwärtigen Regierung der alte Kurs beibehalten? Also ich habe nichts gesagt, worauf zu antworten der Würde der Regierung widerspräche, falls es sich mit ihrer Würde überhaupt vereint, solche Bestrebungen zu verfolgen. Ich habe das Kommunalabgabengesetz als ein inhaltloses Ornament bezeichnet. Sollte die parlamentarische Zulässigkeit dieses Ausdrucks bezweifelt werden, so bin ich bereit, die Berechtigung desselben zu erläutern. Wir haben derartige Ornamente schon oft in die Gesetzgebung eindringen sehen. Als ich vor 10 Jahren gegen die Verstaatlichung der Eisenbahnen gewaltige finanzielle und politische Bedenken erhoben, schuf der damalige Abg. Miquel seine sogenannten konstitutionellen Garantien und hat durch diese die Verstaatlichung gefördert. Diese Garantien wurden aber vom Staatssekretär im Reichspostamt, Herrn Stephan, als Schaumklöße auf der Suppe bezeichnet. Dieses Bild ist nicht schmeichelhafter als meins von der Pappe und der Galanteriearbeit. Ich habe jenes Bild nicht gebraucht, um mich dagegen zu verwahren, als ob die Suppe für mich noch genießbar wäre (Heiterkeit). Als das Branntweinsteuergesetz vor 5 Jahren durch die rastlosen Bemühungen des Abg. Miquel durchgesetzt wurde, sprach er mit Begeisterung davon, welchen Dienst man gleichzeitig der Volksgesundheit erweise, wenn man die Reinigung des Branntweins vor dem Konsum vorschreibe. Nach wenigen Jahren, als sich ihre Undurchführbarkeit zeigte, wurde diese Bestimmung ohne Weiteres beseitigt. Ich sehe voraus, daß das Kommunalabgabengesetz sich auch als Ornament erweisen wird, dazu bestimmt, den anderen Gesetzen zur Annahme zu verhelfen, und darum habe ich meinen Hauptangriff gegen dieses Gesetz gerichtet, obwohl ich mit vielen Sätzen der Motive im höchsten Grade übereinstimme. Ich bin aber gegen das Gesetz, weil ich überzeugt bin, daß es, wenn es erst in der Gesetzsammlung verkündet werden wird, nicht wird marschiren können. Der Minister hat mich gebeten, da er nicht im Stande sei, etwas besseres zu machen, und da ich nichts besseres vorschlagen könne und doch irgend etwas geschehen müsse, ihm eine Adresse anzugeben. Ich bedauere von ganzem Herzen. Ich hatte meine letzte Hoffnung gerade auf den Finanzminister gesetzt, und wenn er es nicht kann, werden wir uns auf den Weg zurückziehen müssen, die einzelnen Kommunalsteuern als Zwecksteuern durch besondere Gesetze zu regeln. Der Finanzminister hat mich ferner angegriffen wegen meiner Aeußerung, daß die Berliner Miethssteuer 70 Jahre lang ohne die geringste Beschwerde bestanden habe. Ich habe die unveränderte Miethssteuer nicht zur Einführung für ganz Preußen empfohlen. Ich habe auch nicht behauptet, daß das Miethssteuergesetz ein unverbesserliches sei. Nein, die städtischen Behörden bessern daran, sie berücksichtigen mit Sorgfalt die Beschwerden, die ihnen aus dem praktischen Leben entgegentreten, sie konserviren die Grundprinzipien des Gesetzes. Wenn daraus der Minister folgert, daß dies Gesetz wurmstichig sein müsse, so ist das wiederum völlig unbegründet. Der Minister hat mir gestern vorgeworfen, zu einem so schlechthin wegwerfenden Urtheil über das ganze Gesetz sei Niemand im Hause gekommen. Ja, aber in diesem Hause hat auch Niemand die grundlegenden §§ 20 und 24 so eingehend analysirt, wie ich. Auf diese Analyse ist man mir die Antwort schuldig geblieben. Solange sie ausbleibt, nehme ich an, daß ich mich gestern auf streng sachlichem Boden bewegt habe. Herr v. Tiedemann sagt, das Aufsichtsrecht sei nothwendig, um dem Nothschrei der Minorität abzuhelfen. Machen Sie doch das Gesetz so, daß die Minorität durch das Gesetz geschützt ist und den besondern Schutz durch das Aufsichtsrecht entbehren kann. Machen Sie es so, daß in den Gemeinden keine Bestimmungen getroffen werden können, die unberechtigten Sonderinteressen entspringen. Dahin geht ja mein Streben. Wenn mir Herr v. Tiedemann darin beisteht, so will ich Hand in Hand mit ihm das Jahrhundert in die Schranken fordern. Ich werde in der Kommission mich nicht auf einen ablehnenden Standpunkt stellen, ich werde Alles versuchen, um den Einwänden, die ich gegen das Gesetz habe, abzuhelfen, ich habe aber nur geringe Hoffnung, daß derartige Versuche von Erfolg begleitet sein könnten. Deswegen verharre ich in der entschiedenen Opposition gegen das Gesetz. (Beifall.)

Finanzminister Dr. **Miquel**: Ich berufe mich auf die Stimmung des Hauses, ob es nicht geradezu Beleidigung war, der Staatsregierung oder einem Minister bei einem so großen Entwurfe vorzuwerfen, sie habe ihn aus Gefälligkeit gegen bestimmte Klassen vorgelegt. Der Abg. Meyer hat weiter gemeint, man solle an die Stelle dieser ornamentalen, blos blumenhaften Verzierungen die Grundlagen des englischen Kommunalsteuerwesens nehmen. Schon vor 24 Jahren hat ein englischer Minister gesagt: „Wir haben ein Chaos von Kommunalsteuern, ein Chaos von Kommunalsteuerbehörden und ein noch ärgeres Chaos von Kommunalsteuerverbänden." Warum wir nun in Deutschland dies Chaos uns zum Muster nehmen sollen (Heiterkeit rechts), ist mir völlig unverständlich. Der Abg. Meyer behauptet, die Bekämpfung des englischen Kommunalsteuersystems gehe lediglich von der Sozialdemokratie aus. Einer der größten Kenner des englischen Kommunalsteuerwesens, John Scott, sagt in einer von der Londoner statistischen Gesellschaft preisgekrönten Schrift, wenn jetzt etwa die Einführung des bestehenden Systems im Hause der Gemeinen diskutirt werden sollte, so würde kein Mitglied den Muth haben, ein solches System vorzuschlagen. Aehnlich wie Scott sprechen sich auch deutsche Schriftsteller wie Friedberg und Schönberg aus. Wir haben in einem Stadium der Vorberathung mit Bezug auf die Erfassung des fundirten Einkommens aus Grundbesitz längere Zeit die Frage erwogen, ob es möglich sei, eine Besteuerung der Pacht- und Miethserträge herzustellen, und da stellte sich heraus, daß wir in großen Landestheilen, ja in ganzen Provinzen die Pachtklassen garnicht ermitteln können. In England, wo die Verpachtung regelmäßig ist, da mag zur Noth ein solches System gehen. Der Abg. Meyer meint, wenn wir schon das Kommunalsteuerwesen nicht einheitlich regeln können, so hätten wir doch wenigstens bestimmte Arten von Besteuerung gesetzlich regeln und gewissermaßen den Gemeinden zur Auswahl präsentiren können. Damit bliebe das System der Vorlage bestehen, und die Thätigkeit der städtischen Steuerparlamente tritt ebenso gut in Kraft. Daß darin ein Mangel des Gesetzes liegt, erkenne ich an. Wenn wir jedoch weitergehen wollten, würden wir die freie Bewegung der Gemeinden in spanische Stiefel eingeschnürt haben. Darum haben wir für die verschiedenen Besteuerungsarten Musterregulative aufgestellt, die die Gemeinden annehmen können oder nicht. Dieser erste Schritt ist schon ein gewaltiger. Wenn wir diesen mit Erfolg gethan haben, werden wir weiter arbeiten können.

Der Vorredner hat meinen Antrag zur Branntweinsteuer ein Ornament genannt. Ich habe aber lediglich aus sanitären Gründen diese Bestimmungen befürwortet und bedaure, daß nach den Erklärungen der Männer der Wissenschaft das Ziel nicht zu erreichen war. Damit gebe ich aber diesen Gesichtspunkt nicht auf, und die Arbeiten im Reichsgesundheitsamt dauern fort. Der Abg. Meyer hat so gethan, als wenn ich für das Branntweinsteuergesetz eingetreten wäre unter dem „Vorwande", daß das Volk gesundes Getränk bekommen würde. Nein, wir wollten verhindern, daß die Konsequenzen der englischen absoluten Besteuerung dahin führen, daß schließlich nur einige riesenhafte Brennereien übrig bleiben, und die kleinen landwirthschaftlichen Brennereien zu Grunde gehen, in deren Existenz wir noch ein fast unentbehrliches Kulturmittel für den Bestand der Landwirthschaft im Osten erblicken. Was die Garantie gegen die Gefahren der Eisenbahnverstaatlichung betrifft, so glaube ich heute, daß, wenn diese Garantie wirklich durchgeführt worden wäre, wir heute anders stehen würden. Dagegen denke ich gar nicht daran, die Verstaatlichung zu bereuen, ich halte sie für nützlich und nothwendig. (Beifall rechts.) Bezüglich der Miethssteuer habe ich nie gesagt, daß sie ein wurmstichiges Wesen sei. sei. Ich meinte nur, nach Ueberweisung der 10 Millionen würde die Berliner Verwaltung, was in ihrem freien Willen steht, in die Lage kommen, die Frage der Reformbedürftigkeit dieser Steuer unbefangener und unbehinderter zu prüfen, und daß die Steuerreform bedürftig ist, hat Herr Meyer nicht bestritten Ich verneine, daß es nützlich wäre, sie zu einer allgemeinen Einrichtung zu machen.

Abg. **Herrfurth** (fraktionslos): Der Abg. Meyer hat bei der Begründung seiner Gegnerschaft gegen dieses Gesetz die Schwächen desselben erheblich überschätzt und seine Vorzüge nicht nur unter-

schätzt, sondern vielfach übersehen. Einige Punkte, die er besonders gerügt hat, möchte ich gerade als Vorzüge bezeichnen. Dahin gehört insbesondere die Bestimmung über die Erhebung besonderer Gemeindeabgaben vom Grundbesitz und aus Gewerbebetrieb. Man kann wohl sagen, die Bestimmungen sind zu elastisch gehalten, aber dispositive Vorschriften, welche auf alle Gemeinden gleichmäßig Anwendung finden können, würden bei der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse in dieser Hinsicht gar nicht getroffen werden können. Gerade auf dem Wege der freien Bewegung, der ja voller Spielraum gelassen wird, kann das vom Abg. Meyer gewünschte Ziel erreicht werden. Ich stehe hierin auf dem Standpunkt der freikonservativen Partei. Nur gegen Einzelheiten des Entwurfs habe ich zum Theil schwere Bedenken. Ich glaube, daß mutatis mutandis dies Gesetz eine durchaus geeignete Grundlage bietet für eine einheitliche, gleichmäßige und zweckentsprechende Regelung des Kommunalabgabenwesens, und das wäre ein so hoher Gewinn, daß ich darin auch für die Nachtheile, die sonst mit der Reform verbunden sind, ein gewisses Aequivalent sehe. Das Kommunalsteuergesetz ist der beste und annehmbarste Theil des gesammten Reformwerks. Dieser Entwurf hat nach keiner Richtung einen agrarischen oder plutokratischen Charakter. Der Minister hat gegen eine Aeußerung von mir polemisirt, die ich nicht gethan habe, indem er sagte, ich hätte der ganzen Reform einen plutokratischen Charakter beigemessen. Ich habe damals gesagt, daß nach einer gewissen Richtung hin, nämlich hinsichtlich der Bevorzugung des Großgrundbesitzes in den Ostseeprovinzen, die Reform einen agrarischen Charakter habe, eine Behauptung, welche der Minister bisher nicht widerlegt hat. Ich habe sodann gesagt, daß in der Rückwirkung auf die Wahlen eine plutokratische Einwirkung dieser Reform zu befürchten sei, und die Richtigkeit dieser Behauptung hat der Finanzminister ausdrücklich anerkannt. Wenn der Finanzminister vorgestern sagte, die einen bezeichnen die Reform als agrarisch, die andern als urbanisch, noch andere als plutokratisch oder als das Gegentheil, er könne nur dazu lächeln, dann hat er Recht, wenn man nur die Gesammtwirkung ins Auge faßt und mit einem Worte charakterisirt. Aber die Widersprüche lösen sich, wenn man die Einzelwirkungen ins Auge faßt. In Rücksicht auf die Ostprovinzen wirkt die Reform agrarisch, in der Bevorzugung der großen Städte durch Ueberweisung hoher Gebäudesteuern urbanisch, in der Rückwirkung auf das Wahlrecht plutokratisch, und die Bevorzugten haben zu einem Lächeln der Befriedigung vielleicht mehr Veranlassung als der Finanzminister. In das vorliegende Gesetz müßte die obligatorische Kontingentirung der Kreissteuern Aufnahme finden, weil nur auf diese Weise eine Sicherung dagegen gegeben wird, daß alle Vorschriften des Gesetzes auch auf alle Abgaben zu kommunalen Zwecken Anwendung finden. Die Ausdehnung des staatlichen Aufsichtsrechts enthält einen Eingriff in die berechtigte Autonomie der Gemeinden. Ich halte es für unrichtig, daß der Aufsichtsbehörde die Befugniß eingeräumt wird, eine Aufoktroyirung von neuem, eine Zwangsetatisirung vorzunehmen. Der Finanzminister hat mein Beispiel über die Aufoktroyirung der Biersteuer in Spandau ungeschickt genannt. Nach § 7 dieses Gesetzes können aber indirekte Steuern auch von der Aufsichtsbehörde eingeführt werden und in den Motiven heißt es ausdrücklich, daß indirekte Steuern eingeführt werden sollten, um die direkten zu entlasten. Wenn ich mich also in einem Mißverständniß befunden habe, so liegt das daran, daß der Text des Gesetzes und der Motive, ich will nicht sagen ungeschickt — das Wort hat einen bösen Beigeschmack — (Heiterkeit), aber nicht ganz geschickt gemacht ist. (Heiterkeit.) Endlich muß ich hier auf den Zusammenhang dieses Gesetzes mit dem Wahlgesetz noch einmal zurückkommen. Der Minister hielt diesen Zusammenhang für ganz klar und, meint er, es sei nicht nöthig, daß ich auf denselben so schroff hingewiesen habe. Es ist doch aber ein großer Unterschied darin, welche Folgerungen man aus der Thatsache des Zusammenhanges zieht. Der Finanzminister, dem ja meine Stellung nicht blos aus den auf unrichtigen falschen Angaben beruhenden Aeußerungen nationalliberaler Blätter bekannt sein sollte, hat mich nicht recht verstanden. Mir genügt nicht der materielle, sondern ich will auch den formellen Zusammenhang des Wahlgesetzes mit den Steuergesetzen. Ein Wahlgesetz muß zu einem integrirenden Bestandtheile der Reformgesetze gemacht werden. (Sehr richtig! im Zentrum und links), es muß mit denselben untrennbar verbunden werden, wie die drei Gesetze es unter sich sind (Sehr richtig! im Zentrum und links), so daß keines in Kraft treten kann, ohne daß das andere auch in Kraft tritt. Man wird Abhilfe suchen müssen auf einem zweifachen Wege. Einmal dadurch, das man als Ersatz für den Wegfall der Grund- und Gebäudesteuer bei der Bildung der Urwählerabtheilungen für den Landtag, wie für die kommunalen Vertretungen in derselben Weise, wie dies jetzt schon bei den Wählerabtheilungen zu den Kommunalwahlen in den Ostprovinzen geschieht, die Kommunal- und Kreissteuern mit in Ansatz bringt, sodann aber, weil dadurch eine plutokratische Verschiebung eintreten würde, durch die Festsetzung von Mindestzahlen für die Zugehörigkeit zur ersten und zweiten Klasse. Das Problem ist schwierig, aber es muß gelöst werden. Ohne Wahlgesetz keine Steuerreform. (Beifall.)

Finanzminister Dr. **Miquel**: Der Gemeinde können auch nach diesem Gesetze keine indirekte Steuern auferlegt werden, die sie nicht bisher gehabt hat. Sollte das nicht klar ausgedrückt sein, so kann ja das Gesetz geändert werden. In der ersten Rede hat Herr Herrfurth, wie ich glaube, dem Reformplan in seiner Gesammtheit die Bezeichnung „plutokratisch und agrarisch“ beigelegt. Gerade in den Vorschlägen, die der Vorredner gemacht hat, liegt eine ungerechtfertigte Begünstigung der Gutsbezirke. Denn wenn man die thesaurirten 40 Millionen vertheilt, so wird man auch den Gutsbezirken etwas geben müssen, und das wird den Charakter einer Schenkung tragen. Sodann bevozugt ja die lex Huene, die Abg. Herrfurth beibehalten will, den Grundbesitz. Die von der Regierung vorgelegte Reform kann aber schon deswegen nicht als agrarisch bezeichnet werden, als der Grundbesitz ja durch die Vermögenssteuer getroffen wird.

Abg. **Eberty** (dfr.): Die Vergleichung zwischen dem englischen und preußischen Kommunalsteuersystem muß sich auf historische Gesichtspunkte stützen. Das englische System ist 200 Jahre alt, und welcher englische Gesetzgeber würde dasselbe ohne Weiteres aufgeben? Auch bei uns muß der historische Boden berücksichtigt und die Frage gestellt werden, welche Wirkung auf die Kulturentwickelung der Gemeinden durch die Reform erzielt wird. Das innerste Leben der Gemeinden beruht auf Freiheit. Wie sind damit die vielen Aufsichtsrechte in den einzelnen Paragraphen zu vereinbaren? Eine Kodifikation des Kommunalsteuersystems fördert diese Freiheit nicht. Was die Berliner Miethssteuer betrifft, so ist es deswegen nicht möglich, die unteren Klassen in derselben mehr als bisher geschehen, zu entlasten, weil die Aufsichtsbehörde dem widerstrebt und gesetzliche Bestimmungen verhindern, den Ausfall durch größere Belastung der Wohlhabenden zu decken. Arbeiten Sie in der Kommission den Entwurf so um, daß er der Gesammtheit nützt, aber schaffen Sie nicht bloß eine Reihe von Instruktionen. (Beifall.)

Abg. **v. Czarlinski** (Pole) glaubt, daß in einzelnen Fällen den Gemeinden zu weit gehende Befugnisse ertheilt werden. Das sei z. B. bezüglich der Steuer für Privatlustbarkeiten der Fall. Auch sei eine starke Belastung des kleinen Grundbesitzes in den Industriebezirken zu befürchten. Die Regierung befinde sich mit dieser Vorlage auf dem rechten Wege. Die Kommission werde zu prüfen haben, ob die Ausführung im einzelnen Falle die richtige sei.

Damit schließt die Erörterung.

Abg. Graf **Limburg-Stirum** (kons.) zur Geschäftsordnung befürwortet die Ueberweisung der drei Steuergesetze an eine Kommission von 28 Mitgliedern.

Abg. Frhr. **v. Heereman** (Ztr.) schließt sich dem an. Die von freikonservativer Seite vorgeschlagene Ueberweisung des Kommunalsteuergesetzes an eine besondere Kommission von 21 Mitgliedern sei im Interesse der Einheitlichkeit der Geschäfte nicht empfehlenswerth. Diese besondere Kommission werde doch zu einer Kommission zweiter Ordnung werden.

Die gesammten Steuergesetze werden hierauf einer Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen.

Auf Vorschlag des Präsidenten **v. Köller** vertagt sich das Haus bis nach Weihnachten. Nächste Sitzung unbestimmt.

Schluß 3¾ Uhr.

Deutschland.

Berlin, 27. Nov. [Nach den Steuerdebatten.] Die achttägige Steuerdebatte des Abgeordnetenhauses hat Resultate hinterlassen, die sich kurz, aber zutreffend, wie folgt dahin bestimmen lassen: Eine Mehrheit für die Grundzüge der Miquelschen Steuerreform ist vorhanden; sie wird das Zentrum und die Konservativen umfassen und aus den Freikonservativen wie den Nationalliberalen Zuzug erhalten. Ohne wesentliche Veränderungen der Miquelschen Grundzüge wird es aber nicht abgehen, und die politische Frage der nächsten Zukunft ist, ob die nichtagrarischen Elemente der voraussichtlichen Mehrheit stark genug sein werden, den agrarischen Charakter der Reform zu verwischen. Gelingt dies Bemühen nicht, dann wird die Mehrheit auch noch nicht zerfallen, weil Zentrum und Rechte beinahe allein schon ausreichen, aber sie würde etwas kleiner werden. Ein weiteres Ergebniß der bisherigen Debatte ist, daß der Finanzminister auf einen Punkt seines Reformplanes unweigerlich wird verzichten müssen, auf die Vermögenssteuer. Sie ist verurtheilt durch alle Parteien, sogar durch die Rechte, deren laue Zustimmung auch nur verschleierte Verurtheilung war. Ob der Ersatz für die Ergänzungssteuer durch Reform der Einkommensteuer möglich sein wird, das wird von der Geneigtheit des Ministers abhängen, sich am betreffenden Theile der Kommissionsarbeit mit positiven Vorschlägen zu betheiligen. Einstweilen bestreitet Herr Miquel daß die Trennung von fundirtem und unfundirtem Einkommen möglich sei, aber er bestreitet es nur, weil er seine Ergänzungssteuer retten will, und er wird aufhören, diesen Standpunkt einzunehmen, wenn er sie nicht mehr retten kann. Als drittes wichtigstes Resultat der Verhandlungen verzeichnen wir die absolute Uebereinstimmung aller Parteien über die Nothwendigkeit, die Wahlreform gleichzeitig mit der Steuerreform durchzuführen. Auch hier sträubt sich der Finanzminister ein wenig, aber es wird ihm nichts helfen.

L.C. **Berlin,** 26. Nov. Das Abgeordnetenhaus beendigte heute die erste Berathung des Kommunalsteuergesetzes, in der Abg. Herrfurth dem Finanzminister gegenüber seine neulichen Ausführungen aufrecht erhielt bez. ergänzte und namentlich die Untrennbarkeit von Wahlreform und Steuerreform betonte. Der Finanzminister hatte gestern bemerkt, die Steuerreform werde von dem Einen agrarisch, von den Anderen urbanisch genannt; über diesen vollkommenen Widerspruch habe er nur ein Lächeln der Befriedigung. Darauf entgegnete heute Herrfurth, die Reform sei im Osten agrarisch, da, wo große Städte mit reichen Gebäudesteuererträgen vorhanden, urbanisch; im Zusammenhang mit dem Wahlgesetz aber plutokratisch. Befriedigt zu lächeln habe nicht der Finanzminister, sondern hätten die Begünstigten Anlaß. Der polnische Abg. v. Czarlinski erklärte die Reform mit dem Vermögenssteuergesetz für unannehmbar. Schließlich wurde von der konservativ-klerikalen Mehrheit beschlossen, die drei Vorlagen einer Kommission von 28 Mitgliedern zu überweisen, die Montag gewählt und Dienstag ihre Arbeiten beginnen soll. Freikonservative und Nationalliberale hatten gewünscht, das Kommunalsteuergesetz durch eine besondere Kommission berathen zu lassen. Der Präsident wird das Plenum frühestens zum 10. Januar n. J. einberufen.

— Der Kaiser empfing heute (Sonntag) Nachmittag 1 Uhr das Präsidium des Reichstages, bestehend aus den Herren v. Levetzow, Graf Ballestrem und Dr Baumbach. Der Empfang trug einen mehr kordialen als offiziellen Charakter. Der Kaiser pflog eine viertelstündige Unterhaltung über verschiedene Gegenstände und wünschte zum Schlusse einen guten Fortgang der Reichstagsarbeiten. Sodann wurde das Präsidium von der Kaiserin empfangen.

— In der am Sonnabend abgehaltenen Sitzung des Bundesraths wurde den Vorlagen betreffend die weitere Vereinbarung provisorischer Zollbestimmungen mit Spanien und Rumänien die Zustimmung ertheilt.

— Das provisorische Handelsabkommen zwischen Deutschland und Rumänien vom 1. Juli d. J. ist bis Ende dieses Jahres verlängert worden. Die bei der Einfuhr in das deutsche Zollgebiet vertragsmäßig für die Nummern 9a, bα, bβ, bγ, bε, c, dα, e (Mais) und f (gemalzte Gerste) des deutschen Zolltarifs bestehenden Zollsätze sind den betreffenden rumänischen Erzeugnissen noch für die gedachte Zeit zugestanden worden.

— Das „Journal de Paris“ veröffentlicht das bereits angekündigte Interview seines Mitarbeiters Hugues Le Roux (der Interviewer ist also nicht, wie es erst hieß, Henri des Houx vom „Matin“ gewesen — vorausgesetzt, daß die ganze Geschichte nicht überhaupt auf Schwindel beruht, was sehr wahrscheinlich ist) mit dem Fürsten Bismarck. Es wird darüber aus Paris gemeldet:

„Das Morgenblatt „Le Journal“ veröffentlicht heute ein angebliches Interview eines seiner Redakteure mit Bismarck. Darnach erklärte letzterer: Was ich über die Emser Depesche sagte, wollte ich sagen, anderes giebt es nichts. Die Entrüstung der Diplomaten und Journalisten ist lächerlich. Wer glaubt ernsthaft, daß man einen Krieg wegen einer Depesche beginnt? Dumme, welche die Geschichte nicht gelesen und nicht wissen, wie man lebt. Ich brauchte einen Krieg, um alle deutschen Münzen im Feuer umzuschmelzen. Der erste Vorwand war gut. Wäre dieser nicht gelungen, so hätte es ein anderer gethan. Ich mußte den König zur Entscheidung bringen. Er liebte sein Recht, schloß aber lange die Augen und wurde nur durch mich zum Entschlusse gebracht. — Die Aeußerung Bismarcks ergeht sich des weiteren über die Unentschlossenheit des Königs.“

Wir möchten denn doch, wie oben schon gesagt, annehmen, daß diese ganze Erzählung auf Erfindung beruht.

— Die freisinnige Reichstagsfraktion hat einstimmig beschlossen, die Militär-Vorlage abzulehnen, dagegen alles zu bewilligen, was zur Einführung der zweijährigen Dienstzeit nothwendig sei.

— Die „Lib. Korr.“ schreibt: Polnische Blätter haben schon vor Wochen als selbstverständlich bezeichnet, daß die polnische Fraktion des Reichstages angesichts der Harthörigkeit des Kultusministers gegen die nationalen Wünsche, betr. den polnischen Sprachunterricht in der Volksschule beschließen werde, gegen die Militärvorlage zu stimmen. Als der polnische Kandidat im Wahlkreise Marienwerder-Stuhm, Herr v. Donimirski, in einer Wählerversammlung eine entgegengesetzte Erklärung abgab, bezweifelten die polnischen Blätter, ob Herr v. Donimirski damit den Absichten der Fraktion entsprochen habe. Man müsse vor allem deren Beschlüsse abwarten. Wie jetzt bekannt wird, hat die polnische Fraktion des Reichstages Herrn von Koscielski — dessen Name allein ein Programm ist — aus dem Fraktionsvorstande und aus der Vertretung der Partei im Seniorenkonvent beseitigt. Danach hat es den Anschein, als ob die oppositionelle Strömung in der Partei wieder die Oberhand gewonnen habe.

— Aus dem Wahlkreise Friedeberg-Arnswalde wird uns geschrieben:

Die geistige und politische Rückständigkeit der ländlichen Wählerschaft im Wahlkreise Arnswalde-Friedeberg wird durch folgende Einzelheiten illustrirt: In einer Wählerversammlung in Friedeberg erklärte ein antisozialdemokratischer Arbeiter: „Die Löhne sind bei uns nicht glänzend, aber sie sind ausreichend, und wir können damit zufrieden sein, wenn wir nur eben zufriedene Menschen sind und uns nicht durch gottlose Leute die Zufriedenheit aus dem Herzen reißen lassen.“ Der sozialdemokratische Kandidat, Tischlergeselle Millarg, wurde von den konservativen Rednern sehr häufig als „Herr von Millarg“ bezeichnet, da die Leute gewöhnt sind, meist Adelige als Kandidaten auftreten zu sehen. Der Herr Paul Werner, der sich als „Reichstagsabgeordneter Werner“ hatte vorstellen lassen, verwechselte beständig die Kasus und schloß eine Rede unter stürmischem Beifall mit dem Satze: „Sind wir 1870 mit die Franzosen fertig geworden, werden wir auch mit das verfluchte Judenpack fertig.“ Die antisemitischen Redner schimpften über die Getreidezölle, und die Arbeiter und Bauern glaubten ihnen, daß die Antisemitenpartei Gegnerin des Getreidezolles sei. Im Wahlkreise giebt es übrigens nicht viele Juden. Wenn Ahlwardt in der Stichwahl gewählt wird, sind die Freisinnigen in einer Beziehung besser daran als die Herren auf der Rechten; sie brauchen nämlich nicht zu besorgen, daß Ahlwardt sie anpumpt.

Friedeberg (Neumark), 26. Nov. Bei der am 24. d. M. stattgehabten Reichstags-Ersatzwahl für den Wahlbezirk Arnswalde-Friedeberg (1. Frankfurt a. O.) wurden nach amtlicher Feststellung im Ganzen 14 049 Stimmen abgegeben. Hiervon entfallen auf Ahlwardt 6903, Rittergutsbesitzer Drawe-Saskonzin (freis.) 2915, Rittergutsbesitzer von Waldow-Fürstenau (kons.) 2876, Tischler Millarg-Berlin (sozdem) 943 und Staatsminister a. D. Hobrecht-Groß-Lichterfelde (natlib.) 406 Stimmen. 6 Stimmen sind zersplittert. Zwischen Ahlwardt und Drawe ist somit Stichwahl erforderlich.

Geldern, 26. Nov. Amtliches Ergebniß der am 22. d. Mts. im Wahlkreise Cleve-Geldern stattgehabten Reichstags-Ersatzwahl. Abgegeben wurden insgesammt 10 689 giltige Stimmen. Davon erhielt der Kandidat des Zentrums, Graf v. Loë, Rittergutsbesitzer zu Wissen, 10 501 Stimmen. Derselbe ist somit gewählt und damit das Zentrum wieder um einen Adligen reicher.

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 26. Nov. Der Verkehr direkter Eisenbahn-Personenwagen zwischen Wien und Berlin über Oderberg ist seit gestern wieder aufgenommen.

Wien, 26. Nov. Ein Communique der Vereinigten deutschen Linken des Abgeordnetenhauses giebt bekannt, der Minister Graf Kuenburg theilte in der heutigen Vormittagssitzung des Clubs mit, er habe dem Ministerpräsidenten Grafen Taaffe am 24. November seine Demission angekündigt.

Nach einem weiteren Communique der Vereinigten deutschen Linken schloß sich an die Mittheilung der Demission des Grafen Kuenburg eine kurze Debatte an, in welcher sich der Club einhellig mit dem Schritte des Grafen Kuenburg einverstanden erklärte und demselben, sowie dem Clubvorstande einmüthig das volle Vertrauen aussprach.

Wien, 26. Nov. Die antisemitischen Blätter veröffentlichen eine Erklärung des antisemitischen Flügels des Wiener Gemeinderathes, in welcher nach Anführung seiner Reihe von Beschwerden gegen das Präsidium und die Majorität der Versammlung das Fernbleiben der Antisemiten von den Berathungen des Gemeinderaths angekündigt wird. Die Erklärung besagt, daß der Obmann des Clubs, Dr. Lueger, mit vier anderen Clubmitgliedern gegen die Nichtbetheiligung an den Gemeinderathssitzungen gestimmt hat.

Krakau, 26. Nov. Der russische Unterthan Händiger ist von dem hiesigen Schwurgericht wegen Betruges und Verleumdung zu zehn Jahren schweren Kerkers verurtheilt worden.

Pest, 26. Nov. Seitens einer größeren Anzahl liberaler Abgeordneter ist eine Fusion mit der Nationalpartei des Grafen Apponyi angeregt worden auf der Basis eines dem Minister-Präsidenten Dr. Wekerle zu ertheilenden Vertrauensvotums und der Sicherstellung einer geregelten parlamentarischen Thätigkeit behufs Durchführung der beabsichtigten Reform.

Pest, 26. Nov. Der Reichstagsabgeordnete Moritz Wahrmann ist heute plötzlich in Folge Herzschlages gestorben.

Petersburg, 25. Nov. Die Passage Petersburg-Kron,

stadt ist durch Eis gesperrt. Die Schifffahrt dürfte mithin als geschlossen anzusehen sein.

Petersburg, 26. Nov. In den ersten 8 Monaten d. J. betrugen die ordentlichen Reichseinnahmen 529 070 000 Rbl. gegen 530 668 000 Rbl. im Vorjahre, die außerordentlichen Einnahmen im Inlande 74 893 000 Rbl. gegen 28 218 000 Rbl. im Vorjahre; die außerordentlichen Einnahmen im Auslande betrugen 92 725 000 Rbl. gegen 6 476 000 Rbl. im Vorjahre. Die ordentlichen Ausgaben belaufen sich auf 554 831 000 Rbl. gegen 517 120 000 Rbl. im Vorjahr, die außerordentlichen Ausgaben auf 92 088 000 Rbl. gegen 73 224 000 Rbl. im Vorjahr. Die Ausgaben für Rechnung früherer Budgets hinzugerechnet belaufen sich die Ausgaben für die ersten acht Monate dieses Jahres auf 762 712 000 Rbl. gegen 657 453 000 Rubel im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Petersburg, 26. Nov. Zur Prüfung des geplanten Baues einer neuen sibirischen Eisenbahn hat der Kaiser eine Kommission unter dem Vorsitze des Präsidenten des Kondifikations-Departements des Reichsrathes, Geheimraths Solzky eingesetzt. Die vom Kaiser ernannten Mitglieder der Kommission sind der Präsident des Ministerkomitees Bunge, der Finanzminister Witte, der Minister des Innern Durnowo, der Reichsdomänenminister Ostrowski, der Minister für Kommunikationen Kriwoschein, der Marineminister Tschichatschew, der Kriegsminister Wannowski sowie der Präsident des Oekonomiedepartements des Reichsrathes, Abasa, und der vormalige Finanzminister Wyschnegradski.

Für den Abschluß der in Folge der vorjährigen Mißernte nothwendig gewordenen Maßnahmen zur Volksernährung hat der Kaiser 15 Millionen Rubel auf Rechnung des Budgetjahres 1892 bewilligt.

Stockholm, 27. Nov. Der Rest der Militärvorlagen ist heute Nachmittag von beiden Kammern genehmigt worden, so daß nunmehr die gesammten Vorlagen angenommen sind. Der König wird morgen in Person den Reichstag schließen.

Bern, 26. Nov. Das „Handelsamtsblatt" erklärt, daß, wenn die französische Kammer und der französische Senat bezüglich der in dem Handelsübereinkommen zwischen Frankreich und der Schweiz vereinbarten Zollreduktionen eine gleich ungünstige Haltung wie die Zolltarifkommission einnehmen und die Reduktionen theilweise oder ganz verwerfen sollten, alsdann das ganze Handelsübereinkommen, die Literarkonvention mit eingeschlossen, Seitens der Schweiz als gescheitert betrachtet werden müßte. Die Anwendung des Differential- statt des Konventional-Zolltarifes wäre dann unvermeidlich. Es sei zu hoffen, daß das französische Parlament die Motive würdigen werde, welche die Regierung zu Gunsten der Tarifreduktionen geltend machen werde. Gemäß ihrer Erklärung vom 20. Juli werde die französische Regierung Alles thun, um den Erfolg des Abkommens auch aus allgemeinen Rücksichten zu sichern.

Rom, 26. Nov. Die Deputirtenkammer nahm die Wahl der Budgetkommission vor. Das Ergebniß wird morgen bekannt gegeben. Der „Opinione" zufolge hatte die Rechte unbeschriebene Stimmzettel abgegeben, da von den 36 Mitgliedern der Kommission ihr nur 4 Mitglieder zugestanden worden waren.

Rom. 26. Nov. Der Marineminister San Bon ist heute Abend gestorben. Die Beisetzung soll auf Staatskosten stattfinden.

Rom, 27. Nov. Ein königliches Dekret betraut den Minister des Auswärtigen Brin mit der interimistischen Leitung des Marineministeriums.

Das Leichenbegängniß San Bons findet am Dienstag statt.

Paris, 26. Nov. [Deputirtenkammer.] Saal und Tribünen sind überfüllt. Zu Beginn der Sitzung begründet der Deputirte Pourquery seinen Antrag, wonach der Panama-Untersuchungskommission die Befugnisse eines Untersuchungsrichters eingeräumt werden sollen, und verlangte für seinen Antrag die Dringlichkeit. Des Weiteren führte er aus, Delahaye müsse seine Anschuldigungen beweisen oder verschwinden. (Beifall.) Die Kommission müsse das Recht haben, von dem Ankläger Beweise für die vorgebrachten Thatsachen zu verlangen. Der Ministerpräsident Loubet bekämpfte die Dringlichkeit; es habe an Zeit gefehlt, um den Antrag zu prüfen; das Ansehen der Kommission dürfe keiner Erörterung unterzogen werden, ihre Beschlüsse würden in dem Lande einen lauten Widerhall finden. Das Interesse des Landes verlange es, daß man unverzüglich über die Angelegenheit volles Licht verbreite. (Lebhafter Beifall.) Die Dringlichkeit wurde mit 262 gegen 225 Stimmen abgelehnt. Hierauf wurde die Berathung der Getränkesteuer-Reform wieder aufgenommen.

Paris, 26. Nov. Der Ministerrath berieth in seiner heutigen Sitzung über die Vorschläge des Generals Dodds in Betreff der provisorischen Organisation von Dahomey und genehmigte die Annexion von Whydah und des Küstengebietes. Die Blokade soll erst aufgehoben werden, wenn die französischen Zollbehörden in Whydah und Godome in Funktion treten. Das Okkupationskorps wird über 3500 Mann betragen. Abomey, wo die Besatzung zurückbleibt, soll mittelst einer Nothstraße mit Whydah verbunden werden.

Paris, 26. Nov. Der Handelsminister Jules Roche empfing eine von 178 Industriellen und Kaufleuten in Lyon, darunter 162 der bedeutendsten Seidenfabrikanten, unterzeichnete Petition, in welcher der Abschluß von Handelsverträgen mit der Schweiz, Deutschland, Oesterreich, Belgien, Italien, Spanien, Portugal, Griechenland und den Vereinigten Staaten von Nordamerika beantragt wird.

Paris, 27. Nov. Der Justizminister Ricard hat den Untersuchungsrichter Prinet, welcher die Voruntersuchung in dem Panamaprozesse geführt hat, ermächtigt, sich morgen von der parlamentarischen Panama-Untersuchungskommission vernehmen zu lassen.

Der Gouverneur von Algerien hat bei der Regierung beantragt, daß der Leiche des Kardinals Lavigerie besondere Ehren erwiesen und die Leiche in einem Regierungsschiffe nach Tunis transportirt werden möge.

Paris, 26. Nov. In der heute Vormittag stattgehabten Sitzung der Panama-Untersuchungs-Kommission verweigerte Drumont jede Aussage bis dahin, wo er in Freiheit gesetzt sei.

Nach Meldungen aus Columbia hat der dortige Senat der Verlängerung der der Panama-Gesellschaft ertheilten Konzession zugestimmt.

Paris, 26. Nov. Die von dem Deputirten Delahaye vor der Panama-Untersuchungskommission gemachte schriftliche Deposition gipfelt in der Forderung einer Nachforschung darnach, was aus den 5 Millionen Frcs. geworden ist, welche Baron Reinach von der Panama-Gesellschaft erhalten habe, um die maßgebenden Kreise für das letzte Emissionsprojekt zu gewinnen; man müsse die Bücher des Bankhauses Kohn-Reinach, die Checkhefte und Checkabschnitte prüfen und die Signatäre verhören.

Paris, 26. Nov. Die Aussage Delahayes vor der parlamentarischen Untersuchungskommission in der Panama-Angelegenheit brachte keine weitere Aufklärung. Auf die Aufforderung, seine Anschuldigungen zu präzisiren, antwortete Delahaye, er könne keinerlei Namen nennen, deren Träger dem politischen Leben angehören, er besitze keine materiellen Beweise und müsse sich darauf beschränken, die Namen von Finanzmännern anzugeben, welche etwa Auskunft geben könnten. Heute Vormittag wird Drumont von der Untersuchungskommission vernommen werden.

Die Erklärung des Justizministers Riccard, daß an den Nachlaß des Barons Reinach keine Siegel angelegt worden seien, hat in der Kommission großes Aufsehen erregt, da der Minister, weil Reinach wegen der Panama-Angelegenheit gerichtlich verfolgt wurde, hierzu verpflichtet war.

Paris, 26. Nov. Die Panama-Untersuchungskommission vernahm heute Nachmittag den Deputirten Le Provost de Launay, der die von ihm in der Kammer gegen mehrere Unternehmer und Bankhäuser erhobenen Beschuldigungen eingehend darlegte. Am Montag wird die Kommission den Untersuchungsrichter Prinet vernehmen, der die Voruntersuchung in dem Panamaprozesse geführt hat. Kohn, Mitinhaber des Bankhauses Kohn-Reinach, hat darum gebeten, von der Kommission vernommen zu werden. Derselbe stellt die Behauptung des Deputirten Delahaye, daß das Bankhaus Kohn-Reinach von der Panamakanal-Gesellschaft 5 Millionen Frcs. erhalten habe, in Abrede.

Paris, 2[illegible]. Nov. Hier wird ein Telegramm aus Portonovo veröffentlicht, nach welchem die Engländer einen Zollposten an der Mündung des Adjara-Flusses auf einem zu Portonovo gehörigen Gebiete errichtet haben. Das Telegramm fügt hinzu, hierdurch werde das englisch-französische Abkommen vom Jahre 1889 verletzt und es herrsche in Folge dessen eine lebhafte Erregung unter den dortigen französischen Handelstreibenden.

Brüssel, 26. Nov. In dem Kammerausschusse für die Verfassungsrevision hat die Regierung den Gesetzesvorschlag bezüglich des königl. Referendums zurückgezogen. Der Ausschuß nahm einen Entwurf an, der die Erwerbung von Kolonien gesetzlich regelt.

Brüssel, 26. Nov. In dem Kammerausschusse für die Verfassungsrevision hat die Regierung den Gesetzesvorschlag bezüglich des königlichen Referendums zurückgezogen. Der Ausschuß nahm einen Entwurf an, der die Erwerbung von Kolonien gesetzlich regelt.

Brüssel, 27. Nov. Nach einer Meldung des „Mouvement géographique" befindet sich die Expedition van Kerckhovens vom Congo-Staat in Lado, wo s. Z. General Gordon und Emin Pascha ihre Residenz aufgeschlagen hatten.

Madrid, 26. Nov. Der Ministerpräsident Canovas schloß die Sitzungen des hier zusammengetretenen militärischen Kongresses mit einer Ansprache, in welcher er betonte, die neutralen Staaten seien zu Rüstungen gezwungen, um im Nothfalle ihre Neutralität vertheidigen zu können. Jede voraussehende Nation müsse sich bereit halten, ohne den Vorwurf einer herausfordernden und abenteuerlichen Haltung auf sich zu ziehen.

London, 26. Nov. Der hiesigen brasilianischen Gesandtschaft ist aus Rio de Janeiro vom 25. d. Mts. eine amtliche Depesche zugegangen, welche die von Newyork aus in London verbreitete Nachricht von dem Ausbruche einer Revolution in der Provinz Rio Grande do Sul als unbegründet bezeichnet. In der Provinz herrsche Ruhe, die Regierung sei ohne Besorgniß.

London, 26. Nov. Die „Times" meldet aus Calcutta vom 25. d. M. Sherafzul Khan, ein Bruder des ehemaligen Herrschers von Chitral, habe einen Einfall in Chitral gemacht, den jetzigen Herrscher Afzululmulk sowie seinen Bruder Murreed ermordet und die Herrschaft an sich gerissen. Die Bevölkerung von Chitral habe sich ihm unterworfen.

London, 26. Nov. Wie die Morgenblätter melden, wurden gestern in den Kavallerie-Stallungen in Colchester acht Kürasse sowie eine Anzahl Pferdegebisse und mehrere Sättel beschädigt und unbrauchbar gemacht vorgefunden. Ein Soldat wurde verhaftet. Das Verhör der Mannschaften durch den Major Philipps habe zu keinem Ergebniß geführt.

London, 26. Nov. Ein Telegramm des „Reuterschen Bureaus" aus San Francisco vom 25. d. Mts. meldet, der britische Kreuzer „Rapid" habe sieben Dörfer der Eingeborenen auf den englischen Salomon-Inseln bombardirt und zerstört. Der Kapitän habe sodann über die Eingeborenen, die der Theilnahme an der Ermordung des Kaufmanns Nybert und eines anderen Europäers bezichtigt seien, Gericht abgehalten, ein Eingeborener sei hingerichtet worden.

Konstantinopel, 26. Nov. Die „Agence de Constantinople" ist von den beiden betheiligten Seiten ermächtigt, die Mittheilung der „Politischen Correspondenz" für vollkommen erfunden zu erklären, wonach Baron Kaulla Namens der von ihm vertretenen deutschen Bankengruppe nach dem Scheitern der bezüglichen Verhandlungen zwischen der Pforte und der Banque ottomane der türkischen Regierung ein Angebot für eine neue Anleihe von 2½ Millionen türkische Pfund gemacht habe.

Bukarest, 26. Nov. Der Kaiser von Rußland hat der Ernennung Alexander Catargis zum rumänischen Gesandten in Petersburg seine Zustimmung ertheilt.

Bukarest, 27. Nov. Der König eröffnete heute das Parlament mit einer Thronrede, in welcher es heißt, die bevorstehende Heirath des Thronfolgers sei ein glückliches Ereigniß, sie werde die Bande zwischen der englischen und rumänischen Dynastie sowie der englischen und rumänischen Bevölkerung befestigen und weiterentwickeln und eine Bürgschaft für die Zukunft des Landes bilden. Die Beziehungen zu den auswärtigen Mächten seien die freundschaftlichsten. Rumänien sei durch seine korrekte Haltung bei den internationalen Beziehungen, durch seine Mäßigkeit und den unwandelbaren Wunsch, Europa die unschätzbaren Wohlthaten des Friedens zu erhalten, ein geachteter Faktor in dem europäischen Konzerte geworden. Der glänzende Empfang des Königs in London und Wien sei ein Beweis für den Werth der Freundschaft Rumäniens. Was die griechische Angelegenheit angehe, so halte Rumänien seine Rechte als souveräner Staat aufrecht, entschlossen dieselben ohne Herausforderung, aber auch ohne Schwäche zu vertheidigen. Die Thronrede bespricht sodann die finanzielle Lage und hebt hervor, daß die Mehreinnahmen bis zum 30. September 22 Millionen betragen. Schließlich werden zahlreiche Gesetzentwürfe, welche innere Reformen betreffen, angekündigt. Die Thronrede wurde sehr beifällig aufgenommen.

Newyork, 25. Nov. Die hiesigen Zollbehörden verweigern die Zulassung von Hadern und Lumpen, welche in den im vergangenen Sommer von der Cholera heimgesuchten Häfen gesammelt oder verpackt worden sind.

San Francisco, 27. Nov. Nach Mittheilungen aus La Union (Salvador) ist die Stadt durch ein Erdbeben schwer heimgesucht worden. Die meisten Häuser sind zusammengestürzt, andere haben derartige Risse bekommen, daß sie unbewohnbar geworden sind. Viele Personen wurden getödtet, andere durch die herabstürzenden Steine verwundet.

Buenos-Ayres, 26. Nov. Ein Bericht des Finanzministers weist auf die Unmöglichkeit hin, die finanziellen Auskunftsmittel, zu denen die Regierung bisher ihre Zuflucht genommen hatte, noch länger bestehen zu lassen. Der Bericht schlägt vor, das zur Zeit gebräuchliche System des Papiergeldes abzuändern.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im November 1892.

Datum Stunde.	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm; 66 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad
26. Nachm. 2	771,3	O schwach	heiter	— 3,4
26. Abends 9	771,1	SO leiser Zug	heiter	— 9,3
27. Morgs. 7	770,9	SSO mäßig	heiter	— 9,7
27. Nachm. 2	770,9	SO mäßig	trübe	3,8
27. Abends 9	770,1	SO leicht	trübe	— 6,4
28. Morgs. 7	769,8	Windstille	trübe	— 10,0

Am 26. Nov. Wärme-Maximum — 3,4° Cels.
Am 26. „ Wärme-Minimum — 9,8° „
Am 27. „ Wärme-Maximum — 3,4° „
Am 27. „ Wärme-Minimum — 10,5° „

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 26. Nov. Mittags 0,36 Meter. Grundeis.
„ „ 27. „ Morgens 0,32 „ Grundeis.
„ „ 28. „ Morgens 0,30 „ Grundeis.

Produkten- und Börsenberichte.

Fonds-Kurse.

Breslau, 26. November. (Schlußkurse.) Befestigend.

Neue 3proz. Reichsanleihe 86,10, 3½ proz. L.-Pfandbr. 97,90, Konsol. Türken 21,65, Türk. Loose 92,50, 4proz. ung. Goldrente 96,15, Bresl. Diskontobank 95,75, Breslauer Wechslerbank 96,00, Kreditaktien 168,25, Schles. Bankverein 112,50, Donnersmarckhütte 82,00, Flöther Maschinenbau —,—, Kattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 117,50, Oberschles. Eisenbahn 48,50, Oberschles. Portland-Zement 70,00, Schles. Cement 113,75, Oppeln. Zement 85,75, Schl. D. Zement 113,75, Kramsta 120,50, Schles. Zinkaktien 186,50, Laurahütte 100,00, Verein. Oelfabr. 93,00, Oesterreich. Banknoten 170,00, Russ. Banknoten 200,60, Giesel Cement 72,00.

Frankfurt a. M., 26. Nov. (Schlußkurse.) Steigend.

Lond. Wechsel 20,347, 4proz. Reichsanleihe 106,85, österr. Silberrente 82,70, 4⅕ proz. Papierrente 83,40, do. 4proz. Goldrente 97,70, 1860er Loose 125,90, 4proz. ung. Goldrente 96,20, Italiener 92,60, 1880er Russen 97,20, 3. Orientanl. 65,60, unifiz. Egypter 99,45, konv. Türken 21,57, 4proz. türk. Anl. 85,50, 3proz. port. Anl. 22,40, 5proz. serb. Rente 75,80, 5proz. amort. Rumänier 96,70, 5proz. konsol. Mexik. 79,60, Böhm. Westbahn —,—, Böhm. Nordb. 153⅜, Franzosen —, Galizier 183¼, Gotthardbahn 156,10, Lombarden 81¾, Lübeck-Büchen 144, Nordwestbahn 179⅝, Kreditaktien 269¼, Darmstädter 134,20, Mitteld. Kredit 97,20, Reichsb. 149,10, Disk.-Kommandit 184,20, Dresdner Bank 141,70, Pariser Wechsel 80,933, Wiener Wechsel 169,85, serbische Tabaksrente 75,80, Bochum. Gußstahl 116,50, Dortmund. Union 52,00, Harpener Bergwerk 129,40, Hibernia 118,20, 4proz. Spanier 63,30, Mainzer 111,90.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 268⅞, Disk.-Kommandit 183,90, Böhmische Westbahn —,—.

Rio de Janeiro, 25. Nov. Wechsel auf London 13⅜.

Produkten-Kurse.

Köln, 26. Nov. (Getreidemarkt.) Weizen loko hiesiger 16,25, do. fremder loko 17,00, p. November 16,10, per März 16,55. — Roggen hiesiger loko 15,75, fremder loko 16,75, per Novbr 14,90, per März 14,35. Hafer hiesiger loko 15,75, fremder —,—. Rüböl loko 56,00, per Nov. —,—, per Mai 53,50. — Wetter: Frost.

Bremen, 26. November. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notir. der Bremer Petroleumbörse.) Faßzollfrei. Ruhig. Loko 5,55.

Baumwolle. Stetig. Upland middl. loko 51½ Pf., Upland Basis middl., nichts unter low middl., auf Terminlieferung

per Novbr. 51 Pf., p. Dez. 51 Pf., per Jan. 51½ Pf., p. Febr. 52 Pf., p. März 52¼ Pf., p. April 52½ Pf.

Schmalz. Ruhig. Shafer — Pf., Wilcox 49 Pf., Choice Grocery schwimmend, 50 Pf., Armour 51 Pf. Rohe u. Brother (pure) schwimmend, 50 Pf., Fairbanks — Pf.

Speck. Ruhig. Nov.-Abladung 43 Br., Dez.-Januar-Abladung short clear middl. 41 Br., long clear middl. 40 Br.

Wolle. Umsatz — Ballen.

Tabak. 759 Kisten Seedleaf, gestern 58 Fässer Kentucky, 4 Fässer Virginy, 19 Fässer Scrubs.

Bremen, 26. Nov. (Kurse des Effekten- und Makler-Vereins.) 5proz. Nordd. Wollkämmerei- und Kammgarn-Spinnerei-Aktien 152 Br., 5proz. Nordd. Lloyd-Aktien 108½ Gd.

Hamburg, 26. Nov. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per Dezbr. 80½, per März 79¼, per Mai 78¾, per Sept. 78. Behauptet.

Hamburg, 26. Nov. Zuckermarkt. (Schlußbericht.) Rüben-Rohzucker I. Produkt Basis 88 pCt. Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg per Novbr. 13,90, per Dezbr. 13,87½, per März 14,22½, per Mai 14,42½. Stetig.

Hamburg, 26. Nov. Getreidemarkt. Weizen loko ruhig, holsteinischer loko neuer 150–156 — Roggen loko ruhig, mecklenb. loko neuer 136–140, russ. loko ruhig, transito 114–115. Hafer ruhig. Gerste ruhig. Rüböl (unverz.) ruhig, loko 53. — Spiritus loko sehr fest, p. Nov. 21¾ Br., p. Nov.-Dez. 21¾ Br., p. Dez.-Jan. 21¾ Br., p. April-Mai 22 Br., per Mai-Juni —, Kaffee fest. Umsatz 3500 Sack. — Petroleum ruhig, Standard white loko 5,40 Br., per Dez. 5,30 Br. — Wetter: Frost.

Pest, 26. Nov. Produktenmarkt. Weizen loko gut, per Frühjahr 7,51 Gd., 7,53 Br., per Herbst 7,64 Gd., 7,66 Br. Hafer per Frühjahr 5,51 Gd., 5,53 Br. Mais per Mai-Juni 1893 4,88 Gd., 4,89 Br. Kohlraps per August-Sept. 11,70 Gd., 11,80 Br. — Wetter: Kalt.

Paris, 26. Nov. Getreidemarkt. (Schluß.) Weizen behaupt., p. Novbr. 21,30, p. Dezember 21,50, p. Januar-April 22,10, p. März-Juni 22,60. — Roggen ruhig, p. Novbr. 14,00, per März-Juni 14,50. — Mehl behauptet, per Nov. 48,20, per Dez. 48,50, per Jan.-April 49,00, p. März-Juni 49,90. — Rüböl träge, p. Novbr. 59,25, p. Dez. 59,25, p. Jan.-April 60,25, p. März-Juni 61,00. — Spiritus behauptet, per Novbr. 47,00, per Dezbr. 47,25, per Jan.-April 47,25, p. Mai-August 47,25. — Wetter: Bedeckt.

Paris, 26. Nov. (Schluß.) Rohzucker behauptet. 88 Proz. loko 38,00 à 38,25. Weißer Zucker fest, Nr. 3, per 100 Kilogramm per Nov 40,12½, p. Dezbr. 40,37½, per Jan.-April 41,12½, p. März-Juni 41,62½.

Havre, 26. Nov. (Telegr. der Hamb. Firma Peimann Ziegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß mit 40 Points Hausse.
Rio 17 000 Sack, Santos 30 000 Sack, Rezettes für 2 Tage.

Havre, 26. Nov. (Telegr. der Hamb Firma Peimann Ziegler u. Co.) Kaffee, good average Santos, p. Dez. 100,75, p. März 100,50, per Mai 100,00. Behauptet.

Amsterdam, 26. Nov. Java-Kaffee goodordinary 57½.

Amsterdam 26. Nov. Bancazinn 56¼.

Amsterdam, 26. Nov. Getreidemarkt. Weizen p. Nov. —, per März 172. Roggen p. März 126, p. Mai 125.

Antwerpen, 26. Nov. Getreidemarkt. Weizen behauptet. Roggen ruhig. Hafer fest. Gerste träge.

Antwerpen, 26. Nov. Petroleummarkt (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 12⅞ bez. u. Br., p. Nov. 12⅞ Br., per Dez. 13 Br., per Jan.-März 13⅛ Br. Flau.

Antwerpen, 26. Nov. (Telegr. der Herren Wilkens und Comp.) Wolle. La Plata-Zug, Type B., per Dezbr. 4,75 bez., per April 4,85, per Mai — Käufer.

London, 26. Nov. An der Küste 4 Weizenladung angeboten. Wetter: Kalt.

London, 26. Nov. 96 pCt. Javazucker loko 16⅜ ruhig, Rüben-Rohzucker loko 13⅞ ruhig.

London, 26. Nov. Chili-Kupfer 47½, per 3 Monat 48.

Liverpool, 26. Nov. Baumwolle. (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 10 000 B. Stetig. Tagesimport 39 000 B.

Glasgow, 26. Nov. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 41 sh. 6 d.

Liverpool, 26. Nov., Nachm. 12 Uhr 50 Min. Baumwolle Umsatz 10 000 Ball., davon für Spekulation und Export 3000 Ball. Amerikaner träge, Surats fest, Egypter ⅛ theurer.

Middl amerikan. Lieferungen: Novbr.-Dezbr. 5 11/64, Jan.-Febr. 5 7/32, März-April 5 19/64, Mai-Juni 5⅜ d. Alles Käuferpreis.

Liverpool, 26. Nov., Nachm. 4 Uhr 10 Min. Baumwolle Umsatz 10 000 B., davon für Spekulation und Export 3000 Ballen Ruhig.

Middl. amerikan. Lieferungen: Nov.-Dez. 5 11/64 Werth, Dez.-Jan. 5 11/64 Käuferpreis, Jan.-Feb. 5 7/32 Verkäuferpreis, Febr.-März 5 17/64 Werth, März-April 5 19/64 do., April-Mai 5 11/32 do., Mai-Juni 5⅜ Verkäuferpreis, Juni-Juli 5 27/64 d. Werth.

Newyork, 26. Nov. Waarenbericht. Baumwolle in New-York 10, do. in New-Orleans 9 13/16 — Raff. Petroleum Standard white in New-York 5,70, do. Standard white in Philadelphia 5,65 Gd. Rohes Petroleum in New-York 5,35, do. Pipeline Certifikates, pr Dezbr. —. Stetig. Schmalz loko 10,25, do Rohe u. Brothers 11,00. Zucker (Fair refining Muscovad.) 2 15/16. Mais (New) p. Dezbr. 50⅜, p. Jan. 51⅝, p. Mai 53⅜. Rother Winterweizen loko 77½. Kaffee Rio Nr. 7, 17½. Mehl (Spring clears) 3,10. Getreidefracht 2¼. Kupfer 12,00. Rother Weizen per November 77, pr. Dezbr. 78½, per Jan. 78½, per Mai 83⅜. Kaffee Nr. 7 low ord. p. Dez. 16,75, p. Febr. 16,50.

Newyork, 26 Nov. (Anfangskurse.) Petroleum Pipe line certifikates per Dez. —. Weizen per Mai 83¾.

Chicago, 26. Nov. Weizen per Dezbr. 72, per Mai 78¾, Mais per Dezember 42¼. Speck short clear nomin. Pork per November 13,00.

Newyork, 26. Novbr. Weizen p. Novbr. 76¾ C., p. Dez. 77 C.

Berlin, 27. Nov. Wetter: Frost.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 26. Nov. Die heutige Börse eröffnete in festerer Haltung und mit zumeist etwas höheren Kursen auf spekulativem Gebiet; das Geschäft entwickelte sich im allgemeinen ruhig, gewann aber in einigen Ultimowerthen in Folge von Deckungskäufen etwas größeren Belang. — Die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Tendenzmeldungen lauteten gleichfalls günstiger und trugen hier im Verein mit anderen auswärtigen Nachrichten zur Befestigung der Stimmung bei. — Im weiteren Verlauf des Verkehrs blieb die Haltung, von unwesentlichen Schwankungen abgesehen, ziemlich fest, aber der Börsenschluß erschien etwas abgeschwächt. — Der Kapitalsmarkt wies bei ruhigem Handel feste Haltung auf für heimische solide Anlagen; Deutsche Reichs- und Preußische konsolidirte Anleihen erschienen etwas besser. — Fremde, festen Zins tragende Papiere konnten ihren Preisstand gut behaupten; Italiener, Ungarische 4proz. Goldrente, Russische Anleihen und Noten konnten etwas anziehen. — Der Privatdiskont wurde mit 2¼ Proz. notirt. — Auf internationalem Gebiet gingen Oesterreichische Kreditaktien zu etwas höherer Notiz mit kleinen Schwankungen mäßig lebhaft um; Oesterreichische Bahnen fast unverändert und ruhig; Schweizerische Bahnen fest aber unbelebt. — Inländische Eisenbahnaktien behauptet und gleichfalls ruhig. — Bankaktien fest und in den Kassawerthen ruhig; die spekulativen Devisen etwas anziehend und zeitweise lebhafter, namentlich Diskonto-Kommanditantheile. — Industriepapiere fest, aber nur vereinzelt lebhafter; Montanwerthe fester und mehr gehandelt.

Produkten-Börse.

Berlin, 26. Nov. In Newyork wurde Weizen gestern um ¾ C. höher bezahlt. Da der Frost bereits Störungen in der Kanalschifffahrt verursachte und der Schluß der Flußschifffahrt in naher Aussicht steht, zeigte sich heute auch hier ein stärkerer Deckungsbegehr, und das Geschäft war namentlich in der ersten Börsenhälfte recht lebhaft. Weizen und Roggen wurden bei steigender Tendenz bis reichlich 1½ M. höher bezahlt. Hafer blieb per November behauptet, andere Termine zogen ca. 1 M. an. Roggenmehl fest, aber still. Rüböl behauptet. Spiritus büßte loko 10 Pf. ein. Auf Termine war das Geschäft still bei wenig veränderten Preisen.

Weizen (mit Ausschluß von Rauhweizen) per 1000 Kilogr. Loko still. Termine höher. Gekündigt 250 Tonnen. Kündigungspreis 153,25 M. Loko 145–162 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 151 M., per diesen Monat und per Nov.-Dezbr. 153–153,5 bis 153,25 bez., per Dez.-Jan. —, per April-Mai 154–155,25 bis 154,75 bez., per Mai-Juni 155,5–156,5–156,25 bez., per Juni-Juli 157,5–158–157,5 bez.

Roggen per 1000 Kilogramm. Loko etwas mehr beachtet. Termine höher. Gek. 300 Tonnen. Kündigungspreis 133 M. Loko 126–136 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 130 M. inländischer guter 131–132,5 M., per diesen Monat —, per Nov.-Dez. 132,5–133,5 bez., per Dez.-Jan. —, per Jan.-Febr. 1893 —, per März-April —, per April-Mai 133,25–134,25 bez., per Mai-Juni 134,25–135 bez., per Juni-Juli 135,25–136 bez.

Gerste per 1000 Kilogr. Schwer verkäuflich. Große und kleine 140–170, Futtergerste 120–140 M. nach Qualität.

Hafer per 1000 Kilogramm. Loko behauptet. Termine höher. Gekündigt 400 Tonnen. Kündigungspreis 143,5 M. Loko 137 bis 160 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 139 M. Pomm. mittel bis guter 138–142 bez., feiner 143–147 bez., preußischer mittel bis guter 137–142 bez., feiner 143–147 bez., schlesischer mittel bis guter 138–142 bez., feiner 144–48 bez., per diesen Monat 143,25 bis 144 bez., per Novbr.-Dezbr. 138,5–139,75 bez., per Dezbr.-Januar —, per April-Mai 1351–36 bez., per Mai-Juni — bez.

Mais per 1000 Kilogramm. Loko fest. Termine still. Gek. 50 Tonnen. Kündigungspreis 124 M. Loko 120–130 M. nach Qual., per diesen Monat 124–123,5 bez., per Nov.-Dez. —, per Dez.-Jan.—, per April-Mai —.

Erbsen p. 1000 Kilogr. Kochwaare 165–210 M. nach Qual., Futterwaare 141–149 M. nach Qualität.

Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilo brutto inkl. Sack. Termine höher. Gekünd. 250 Sack. Kündigungspreis 17,25 M., per diesen Monat und per Nov.-Dez. 17,25–17,2–17,25 bez., per Dez.-Jan. —, per Jan.-Febr. 1893 — bez., per Febr.-März —, per April-Mai 17,55–17,6 bez.

Rüböl per 100 Kilogramm mit Faß. Behauptet. Gekünd. 400 Ztr. Kündigungspreis 50,9 M. Loko mit Faß —, per diesen Monat und per Nov.-Dez. 50,8–51 bez., per Dez.-Jan. 1893 —, per April-Mai 51,5 bez.

Petroleum ohne Handel.

Trockene Kartoffelstärke p. 100 Kilo brutto incl. Sack per diesen Monat 18,90 M. Feuchte Kartoffelstärke p. 100 Kilogr. brutto incl. Sack per diesen Monat 9,70 M.

Kartoffelmehl per 100 Kilo brutto incl. Sack. Per diesen Monat 18,90 M.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Ltr. à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gekündigt —,—. Kündigungspreis — M. Loko ohne Faß 50,8 bez.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe per 100 Liter à 100 Proz. = 10000 Proz. nach Tralles. Gekündigt — Ltr. Kündigungungspreis —. Loco ohne Faß 31,3 bez.

Spiritus mit 50 M. Ohne Handel.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe. Matt. Gekündigt — Liter. Kündigungspreis — M. Loko mit Faß —, per diesen Monat 30,8 bez., per Novembr.-Dezbr. 30,8–30,5 bez., per Dezbr.-Januar —, per Januar-Febr. 1893 —, per März-April —, per April-Mai 32,3–32,4–32,2 bez. per Mai-Juni 32,7–32,5 bez., per Juni-Juli — bez., per Juli-August —, per August-Sept. —.

Weizenmehl Nr. 00 22–20 bez., Nr. 0 19,75–18,00 bez. Feine Marken über Notiz bezahlt.

Roggenmehl Nr. 0 u. 1 17,5–16,75 bez., do. feine Marken Nr. 0 u. 1 18,5–17,5 bez., Nr. 0 1,5 Mk. höher als Nr. 0 u. 1 pr 100 Kilogr. br. inkl. Sack.

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterling = 20 M. 1 Doll. = 4¼ M. 100 Rub. = 320 M. 1 Gulden österr. W. = 2 M. 7 Gulden südd. W = 12 M. 1 Gulden holl. W. 1 M. 70 Pf., 1 Franco oder 1 Lira oder 1 Peseta = 80 Pf.

Bank-Diskonto		Wechsel v. 26. Nov.	
Amsterdam	2½	8 T.	168,45 bz B.
London	3	8 T.	$20,34^{5}$ bz G.
Paris	2½	8 T.	80,95 bz B.
Wien	4	8 T.	169,75 bz
Petersburg	4½	3W.	200,00 bz
Warschau	4½	8 T.	200,30 bz
in Berl. 4. Lomb. 4½ u. 5. Privatd. 2¼ G.			

Geld, Banknoten u. Coupons.	
Souvereigns	20,34 bz B.
20 Francs-Stück	16,29 bz
Gold-Dollars	
Engl. Not. 1 Pfd. Sterl.	20,355 bz
Franz. Not. 100 Frcs.	80,95 bz
Oestr. Noten 100 fl.	169,95 bz
Russ. Noten 100 R.	200,50 bz

Deutsche Fonds u. Staatspap.		
Dtsche. R.-Anl.	4	106,90 B.
do. do.	3½	100,10 G.
do. do.	3	86,20 B.
Prss. cons. Anl.	4	106,90 B.
do. do.	3½	100,40 B.
do. do.	3	86,20 B.
do. Scrips, int.	3	
Sts.-Anl. 1868	4	101,30 G.
Sts-Schld-Sch.	3½	100,40 G.
Berl. Stadt-Obl.	3½	98,90 B.
do. do. neue	3½	98,90 B.
Posener Prov.-Anl.-Scheine	3½	95,40 B.
Pfandbriefe: Berliner	5	113,00 bz
do.	4½	109,10 G.
do.	4	104,80 G.
do.	3½	98,60 G.
Ctrl. Ldsch	4	
do. do.	3½	97,00 bz
Kur. u. Neumrk. neue	3½	97,90 G.
do.	4	
Ostpreuss	3½	96,10 B.
Pommer.	3½	97,60 bz
do	4	102,50 B.
Posensch.	4	101,80 bz
do.	3½	96,40 bz
Schls. altl.	3½	97,80 G.
do. do.	4	
ldschl Lt. A	3½	97,80 G.
do.	4	
do. neudo.	3½	
do. do. I. II.	4	
Wstp Rittr	3½	96,60 G.
do. neul. II.	3½	96,60 bz G.
Pommer.	4	103,00 bz
Posensch.	4	103,00 bz
Preuss.	4	103,00 B.
Schles.	4	103,00 B.
Bad. Eisenb.-A.	4	103,40 G.
Bayer. Anleihe	4	106,70 G.
Brem. A. 1892	3½	97,60 G.
Hmb. Sts. Rent.	3½	97,60 bz
do. do. 1886	3	85,20 G.
do. amort. Anl.	3½	97,50 B.
Sächs. Sts. Anl.	3½	
do. Staats-Rnt.	3	87,50 bz G.
Prss. Präm-An.	3½	182,00 B.
H.Pr.-Sch. 40T	—	398,75 bz
Bad. Präm.-An.	4	139,40 B.
Bayr. Pr.-Anl.	4	141,75 bz

Brnsch. 20 T. L.	—	103,50 bz
Cöln-M. Pr.-A.	3½	134,25 bz
Dess. Präm.-A.	3½	
Ham. 50 T.-L.	3	133,00 G.
Lüb. 50 T.-L.	3½	129,90 G.
Mein. 7 Guld-L.	—	28,70 bz
Oldenb. Loose	3	128,90 bz
Ausländische Fonds.		
Argentin. Anl.	5	48,30 bz
do. do.	5	48,40 bz
Bukar. Stadt-A.	5	95,75 bz G.
Buen. Air. G.-A.	5	39,60 bz G.
Chines. Anl.	5½	104,50 G.
Dän. Sts.-A. 86.	3½	94,50 G.
Egypt. Anleihe	3	
do. 1890	3½	92,20 bz
do. do.	4	
do. Daira-S.	4	
Finnländ. L.	—	58,90 bz
Griech. Gold-A	5	66,00 bz G.
do. cons. Gold	4	50,30 bz G.
do. Pir.-Lar.	5	58,60 bz G.
Italien. Rente	5	92,70 bz
Kopenh. St.-A.	3½	92,00 G.
Lissab. St. A. I. II	4	50,10 bz G.
Mexikan. Anl.	6	81,30 bz
Mosk. Stadt-A.	5	63,25 bz
Norw. Hyp-Obl	3½	90,50 bz G.
do. Conv. A. 88.	3	
Oest. G.-Rent.	4	97,90 B.
do. Pap.-Rnt.	4⅕	
do. do.	5	85,60 B.
do. Silb.-Rent.	4⅕	82,60 bz G.
do. 250 Fl. 54.	4	123,60 bz
do. Kr 100 (58)	—	
do. 1860er L.	5	125,75 bz
do. 1864er L.	—	328,25 bz
Poln. Pf-Br. I-V	5	63,40 G.
do. Liq.-Pf.-Br	4	61,20 bz B.
Portugies. Anl. 1888–89	4½	35,00 bz G.
Raab-Gr. Pr.-A.	4	103,50 bz G.
Röm. Stadt-A.	4	86,30 bz G.
do. II. III. VI.	4	82,40 bz G.
Rum. Staats-A.	4	82,00 bz
do. do. Rente	4	82,00 bz B.
do. do. fund.	5	102,10 bz
do. do. amort.	5	96,80 bz B.
Rss. Eng. A. 1822 (1 Pfd. Stl. gl. 20 M.)	5	
do. 1859	3	82,50 bz G.
do. 1880	4	96,90 bz
do. 1887	4	
do. 1873		
do. 1875	4½	
do. 1889	4	
do. 1890	4	
Russ. Goldrent	6	103,75 bz
do. 1884 stpfl.	5	103,50 B.
I. Orient 1877	5	
II. Orient 1878	5	63,80 G.
III. Orient 1879	5	65,80 G.
Nikolai-Obl	4	
Pol. Schatz-O.	4	94,75 bz
Pr.-Anl. 1864	5	149,00 bz
do. 1866	5	138,00 bz
Bodkr.-Pfdbr.	5	106,00 bz B.
do. neue	4½	98,90 G.
Schwedische	3½	94,30 bz G.
Schw. 1890	3½	94,70 bz
do. d. 1888	3	84,80 bz G.

Schw. Hyp.-Pf.	4½	102,40 B.
Serb. Gld-Pfdb.	5	83,80 bz
do. Rente	5	76,20 bz G.
do. neue 85	5	75,80 bz
Stockh. Pf. 85	4½	102,30 G.
do. St.-Anl. 80	4	99,75 G.
Span. Schuld.	4	63,25 G.
Türk A. 1865 in Pfd. Sterl. ov.	1	
do. do. B.	1	
do. do. C.	1	22,05 G.
do. Consol. 90	4	
do. Zoll-Oblig	5	
Trk. 400 Frc.-L	—	92,40 bz
do. Eg Trib-Anl.	4¼	97,50 bz
Ung. Gld-Rent.	4	96,30 G.
do. Gld.-Inv.-A.	5	102,50 G.
do. do. do.	4½	101,30 bz G.
do. Papier-Rnt.	5	85,20 bz
do. Loose	—	256,60 bz G.
do. Tem-Bg.-A.	5	
Wiener C.-Anl.	5	105,80 G.
Eisenbahn-Stamm-Aktien.		
Aachen-Mastr.	3¼	61,00 bz
Altenbg.-Zeitz	10,1	
Crefelder	—	82,10 bz G.
Crefld-Uerdng	0	59,25 bz
Dortm.-Ensch.	4¼	99,10 bz
Eutin. Lübeck	1½	42,10 bz G.
Frnkf.-Güterb.	4½	69,50 bz
Ludwsh.-Bexb.	9⅘	224,80 bz G.
Lübeck-Büch.	6¾	143,50 bz
Mainz-Ludwsh	4⅔	111,50 bz
Marnb.-Mlawk.	1½	60,30 bz
Meckl. Fr. Franz		
Ndrschl.-Märk.	4	101,50 G.
Ostpr. Südb.	1	71,10 bz
Saalbahn	0	21,25 bz
Stargrd-Posen	4½	102,00 G.
Weimar-Gera	—	12,90 bz B.
Werrabahn	—	66,75 bz
Albrechtsbahn	1	38,30 G.
Aussig-Teplitz	20	407,00 G.
Böhm. Nordb.	—	
do. Westb.	7½	
Brünn. Lokalb.	5½	
Buschtherader	10½	
Canada Pacifb.	—	
Dux-Bodenb	12	
Galiz. Karl-L.	—	
Graz-Köflsch.	7	
Kaschau-Od.	—	79,00 bz G.
Kronpr. Rud.	4¾	85,30 bz
Lemberg-Cz.	7	104,40 bz
Oester. Staatsb	4	
do. Lokalb.	—	77,60 G.
do. Nordw.	4¾	
do. Lit. B. Elb.	5¾	
Raab-Oedenb.	½	21,25 bz G.
Reiche nb.-P.	—	
Südöstr. (Lb.)	⅘	39,80 bz
Tamin-Land	0	
Ungar.-Galiz.	5	84,40 bz
Balt. Eisenb	3	65,25 bz
Donetzbahn	5	
Ivang. Domb.	5	
Kursk-Kiew	—	
Mosco-Brest	12,50	66,50 bz
Russ. Staatsb.	6,56	128,25 bz
do. Südwest.	5,93	71,40 bz

Wrsch.-Teres.	5½	101,00 B.
Wrsch.-Wien.	17½	199,40 B.
Weichselbahn	—	
Amst.-Rotterd.	2	
Gotthardbahn	6	156,00 bz
Ital. Mittelm.	5½	103,60 bz
Ital. Merid.-Bah	7⅕	127,75 bz
Lüttich-Lmb.	0,6	20,25 bz
Lux. Pr. Henri	2,3	62,70 bz
Schweiz. Centr	4⅖	118,40 bz
do. Nordost	5	108,90 bz
do. Unionb.	3	69,70 bz
do. Westb.		
Westsicilian.	3⅗	62,80 bz
Eisenb.-Stamm-Priorität.		
Altdm. Colberg	4½	112,75 bz
Bresl-Warsch.	13/20	50,00 bz
Czakat.-St.-Pr.	5	102,60 G.
Dux-BodnbAB.	—	
Paul-Neu-Rup.	5	
Prignitz	4	103,70 B.
Szatmar-Nag.	6	85,10 bz G.
Dortm.-Gron.	4½	113,70 bz
Marienb Mlawk	5	107,25 bz G.
Mecklb. Südb.	0	17,30 G.
Ostpr. Südb.	5	109,50 bz
Saalbahn	3½	90,10 bz
Weimar-Gera	3⅔	80,50 bz
Eisenb.-Prioritäts-Obligat.		
Berg-Märkisch	3½	98,75 G.
Berl. Potsd.-M.	4	
BrslSchwFrbH		
Bresl-Warsch.	5	
MzLudwh 68/9	4	102,70 G.
do. 90	3½	
Oberschl. LitB	3½	98,75 G.
do. Lit. E.	3½	98,75 G.
do. Em. v. 1879		
do. NiedrsZwg	3½	
do. (StargPos)	4	101,25 G.
OstprSüdb. I-IV	4½	
RechteOderuf.		
Albrechtsb gar	5	
Busch Gold-O.	4½	103,00 bz B.
Dux-Bodenb. I.	5	
Dux-PragG-Pr.	5	108,60 G.
do.	4	99,50 G.
Franz.-Josefb.	4	82,50 G.
GalKLudwgb g	4½	84,70 B.
do. do. 1890	4	81,00 G.
Kasch-Oderb. Gold-Pr. g.	4	96,75 G.
KronpRudolfb.	4	81,40 bz
do. Salzkammg	4	100,75 G.
LmbCzern. stfr	4	80,80 G.
do. do. stpfl.	4	72,50 G.
Oest. Stb. alt, g.	3	80,10 G.
do. Staats-I. II.	5	107,30 G.
do. Gold-Prio.	4	100,60 bz
do. Lokalbahn	4½	
do. Nordwestb.	5	91,20 G.
do. NdwB. G-Pr	5	107,20 G.
do. Lt. B. Elbth.	5	90,20 G.
Raab-Oedenb. Gold-Pr	3	68,00 bz G.
Reichenb.-Pr. (SNV)	5	

Rchb Gold-Prior.	5	
Südöst- B. (Lb.)	3	64,20 G.
do. Obligation.	5	104,60 bz B.
do. Gold-Prior.	4	96,10 G.
Baltische gar.	5	95,80 bz
Brest-Grajewo	5	
Gr. Russ. Eis. gar	3	
Ivang.-Dombr. g.	4½	99,60 G.
Kozlow-Wor. g.	4	90,60 bz
do. 1889	4	91,00 bz G.
do. Chark. As. (O)	4	90,60 bz
do. (Oblig.) 1889	4	91,60 bz
Kursk-Kiew conv	4	90,60 bz
Losowo-Sebast.	5	95,75 G.
Mosco-Jaroslaw	5	
do. Kursk gar.	4	86,80 G.
do. Rjäsan gar.	4	91,90 bz G.
do. Smolensk g.	5	101,00 G.
Orel-Griasy conv	4	90,60 bz
Poti-Tiflis gar.	5	
Rjäsan-Kozlow g	4	90,60 bz G.
Rjaschk-Morcz. g	5	100,25 bz
Rybinsk-Bolog.	5	88,90 B.
Schuja-Ivan. gar.		
Südwestb. gar.	4	93,00 bz
Transkaukas. g.	3	
Warsch.-Ter. g.	5	100,00 B.
Warsch.-Wien n.	4	97,00 bz
Wladikawk. O. g.	4	
Zarskoe-Selo	5	
Anatol. Gold-Obl	5	86,75 bz G.
Gotthardbahnov.	4	103,60 G.
Ital. Eisenb.-Obl.	3	56,10 bz G.
Serb. Hyp.-Obl.	5	78,90 bz G.
do. Lit. B.	5	75,50 bz G.
Süd-Ital. Bahn	3	59,00 G.
Central-Pacific	6	
Illinois-Eisenb.	4	
Manitoba	4½	98,60 G.
Northern Pacific	6	114,30 bz G.
San Louis-Franc.	6	106,30 B.
Southern Pacific	6	111,20 G.
Hypotheken-Certifikate.		
Danz. Hypoth.-Bank	3½	99,30 G.
Dtsche. Grd.-Kr.-Pr. I	3½	111,60 G.
do. do. II.	3½	106,90 bz G.
do. do. III. abg.	3½	98,50 G.
do. do. IV. abg.	3½	98,50 G.
do. do. V. abg.	3½	93,50 G.
do. Hp. B. Pf. IV. V. VI.	5	113,00 G.
do. do.	4	102,20 bz G.
do. do.	3½	95,50 G.
Hb. Hyp.-Pf. (rz 100)	4	100,60 bz
do. do. (unkündbar bis 1./1.1900)	4	102,25 bz
do. do. (rz 100)	3½	94,90 bz
Meininger Hyp.-Pfdb.	4	101,00 bz G.
do. Pr.-Pfdbr.	4	
Pomm. Hypoth.-Akt. B.-Pfandbr. III. u. IV.	4	102,10 bz G.
P.B.-Cr. unkb (rz 110)	5	113,75 G.
do. Sr. III. V. VI (rz 100)	5	108,00 G.
do. do. (rz. 115)	4½	115,40 G.
do. do. X. (rz. 110)	4½	110,90 G.
do. do. (rz. 100)	4	100,60 B.
Pr. Cent.-Pf. (rz. 100)	4	101,30 G.
do. do. (rz. 100)	3½	95,60 bz G.
do. do. kündb. 1900	4	102,75 bz
Pr. Centr.-Pf. Com-O	3½	95,40 bz G.

Pr. Hyp.-B. I. (rz. 120)	4½	
do. do. VI. (rz. 110)	5	112,00 G.
do. div. Ser. (rz. 100)	4	102,30 bz G.
do. do. (rz. 100)	3½	97,20 bz G.
Prs. Hyp.-Vers.-Cert.	4½	100,00 G.
do. do. do.	4	102,00 bz
do. do. do.	3½	95,80 bz
Schles. B. Cr. (rz. 100)	4	101,10 G.
do. do. (rz. 100)	3½	94,75 G.
Stettin. Nat. Hyp. Cr.	5	
do. do. (rz. 110)	4½	104,30 G.
do. do. (rz. 110)	4	101,70 G.
do. do. (rz. 100)	4	100,75 bz G.
Bankpapiere.		
B. f. Sprit-Prod. H	3	65,00 G.
Berl. Cassenver.	6¼	135,75 bz G.
do. Handelsges.	7½	128,30 G.
do. Maklerver.	10	
do. Prod-Hdbk.	St.	
Börsen-Hdlsver.	11	
Bresl. Disc.-Bk.	4½	96,25 bz G.
do. Wechslerbk.	4½	96,00 bz G.
Danz. Privatbank	8¼	
Darmstädter Bk.	5¼	133,40 bz B.
do. do. Zettel	4¾	
Deutsche Bank	9	160,00 bz G.
do. Genossensch	6	116,75 G.
do. Hp. Bk. 60 pCt	6½	116,60 G.
Disc.-Command	8	184,40 bz
Dresdener Bank	7	141,00 bz G.
Gothaer Grundcreditbank	3½	86,00 B.
Internat. Bank	—	104,75 G.
Königsb. Ver.-Bk	5	96,30 G.
Leipziger Credit	9	163,60 G.
Magdeb. Priv.-Bk	4	104,80 G.
Maklerbank	10	117,25 bz
Mecklenb. Hyp. u. Wechs.	8	134,00 G.
Meininger Hyp.-Bank 60 pCt.	5	106,00 G.
Mitteld. Crdt.-Bk.	5	97,20 bz B.
Nationalbk. f. D.	6½	113,25 bz
Nordd. Grd.-Crd.	0	78,25 G.
Oester. Credit-A	8¾	
Petersb. Disc.-Bk	8,24	113,50 G.
do. Intern. Bk.	11	110,00 bz
Pomm. Vorz.-Akt	6	112,20 G.
Posen. Prov.-Bk.	5	101,80 G.
Pr. Bodencr.-Bk.	7	127,50 bz G.
do. Cnt-Bd 60 pCt	9½	155,30 G.
do. Hyp.-Akt.-Bk	6½	122,00 G.
do. Hyp.-V. A. G. 25 pCt.	6	104,00 G.
do. Immob-Bank 80 pCt.	13	268,00 G.
do. Leihhaus	6	88,50 G.
Reichsbank	7,55	149,75 G.
Russische Bank	6	
Schles. Bankver.	5½	111,50 bz G.
Warsch. Comerz	8	
do. Disconto	7,7	
Industrie-Papiere.		
Allg. Elekt.-Ges.	9	140,10 G.
Anglo Ct. Guano	11⅞	148,30 G.
Bauges. Berl.-Charl.	7⅕	192,00 bz G.
Bauges. City St.-Pr.	0	81,75 bz G.
Bauges. Dtsche. Bau	3	80,00 B.
Bauges. Hann. St.-P.	4½	70,75 bz G.

Bauges. Humb.	6	131,25 G.
Moabit	8	130,00 G.
Passage	3½	64,60 G.
U. d. Linden	0	
Berl. Elekt.-W.	9	148,10 bz
Berl. Lagerhof	0	81,25 bz
do. do. St.-Pr	3	113,70 B.
Ahrens Br., Mbt.	0	50,25 G.
Berl. Bock-Br.	0	46,25 bz G.
Schultheiss-Br.	16	228,00 bz G.
Bresl. Oelw.	3	92,50 B.
Deutsche Asph.	4	80,00 B.
Dynamit Trust	11	136,00 G.
Erdmannsd. Sp.	6	90,60 bz G.
Fraust. Zucker	0	94,75 G.
Glauz. Zucker	12	119,00 G.
Gummi Harburg-Wien	20	256,90 B.
do. Schwanitz	0	173,50 G.
do. Voigt Winde	8	124,50 B.
do. Volpl. Schldt.	5	96,40 bz G.
Hemmoor Cem.	4	106,50 bz G.
Köhlm. Strk.	4	
Körbisdf. Zucker	12	118,60 G.
Löwe & Co.	18	227,50 G.
Bresl. Linke	13½	142,50 G.
do. Hofm.	13½	138,00 B.
Germ. Vrz.-Akt.	6	89,25 G.
Görlitz ov.	8	119,50 G.
Görl. Lüdr.	13	132,50 G.
Grusonwerk	10	140,00 bz G.
H. Pauksch	0	
Schwarzkopff	—	220,00 G.
Stettin-Vulk.-B.	9	107,25 G.
Sudenburg	24	226,00 bz G.
O.-Schl. Cham.	3	71,00 bz G.
do. Port.-Cem.	5½	70,00 G.
Oppeln. Cem.-F.	5½	85,30 G.
do. (Giesel)	6	72,50 B.
Gr. Berl. Pferdb.	12½	215,00 bz
Hamb. Pferdeb.	4	98,00 B.
Potsd. ov. Pfrdb.	4½	90,00 bz
Posen. Sprit-F.	4	
Rositzer Zucker	3	67,25 G.
Schles. Cem.	9¼	113,75 G.
Stett. Bred. Cem.	4	86,50 G.
do. Chamott.	15	202,50 G.
Bgw. u. H.-Ges.		
Aplerbecker	13⅓	128,20 B.
Berzelius	12	134,10 G.
Bismarckhütte	—	132,00 bz G.
Boch. Gusst.-F.	—	121,25 bz G.
Donnersmarck	—	77,50 G.
Dortm. St.-Pr. A.	—	59,00 B.
Gelsenkirchen	12	138,40 bz
Hibernia	12	119,30 B.
Hörd. St.-Pr.-A.	—	36,00 bz G.
Inowracl. Salz	0	35,00 G.
König u. Laura	8	100,20 bz B.
Lauchham. ov.	—	103,00 G.
Louis. Tief. St.-Pr	—	107,00 B.
Oberschl. Bd.	2	48,40 G.
do. Eisen-Ind.	6	109,25 G.
Redenh. St.-Pr.	—	20,25 G.
Riebeck. Mont.	15	159,60 bz B.
Schles. Kohlw.	0	26,25 G.
do. Zinkhütte	18	187,75 G.
do. do. St.-Pr.	18	187,10 G.
Stolb. Zink-H.	2	41,90 bz B.
do. St.-Pr.	7	110,00 B.
Tarnowitz ov.	—	
do. do. St.-Pr.	0	165,0 bz

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Decker u. Co. (A. Röstel) in Posen.